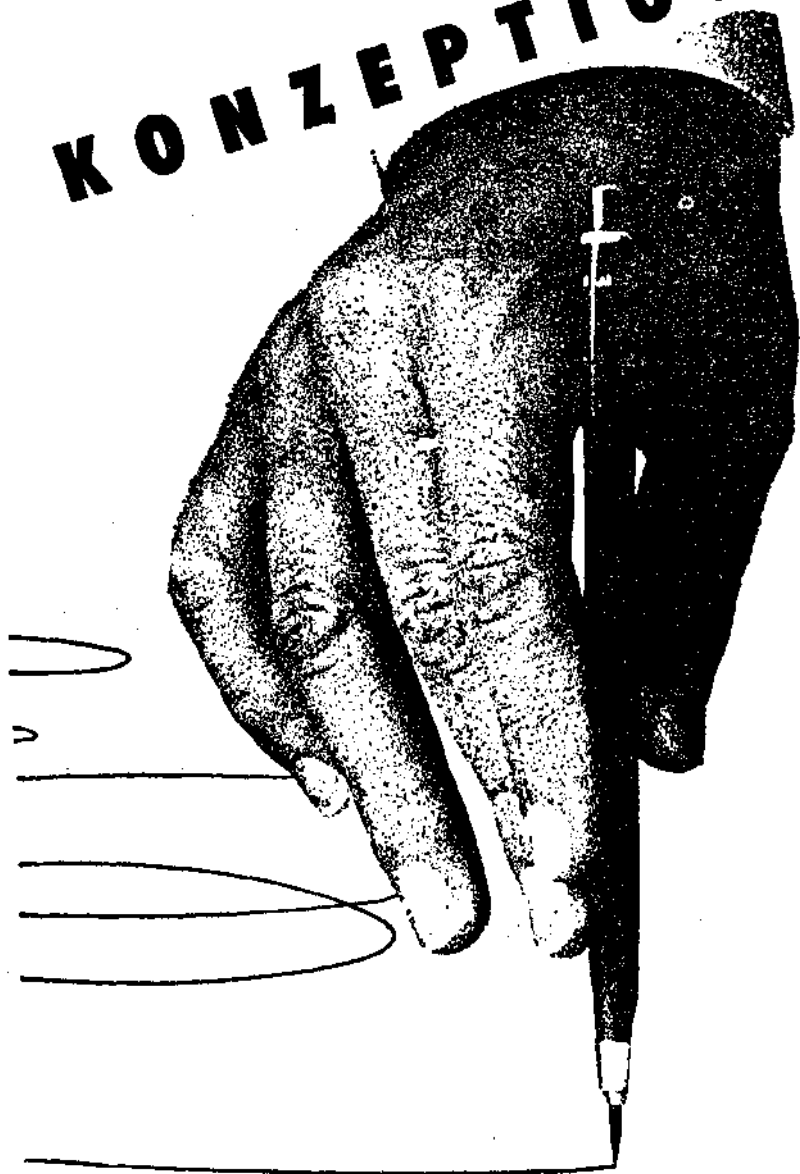


EINE GUTE

KONZEPTION!



WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

19. Jahrgang / Heft 5/6

Mai-Juni 1964

Einzelpreis 50 Pf

INHALT

Seite

Die Verantwortung
der Arbeiterklasse
für eine neue
Politik 2

Vom Leben bestätigt 8

Über die Bedeutung
der 5. Tagung des
ZK der SED für
unseren Kampf in
der Bundes-
republik 13

Zu einigen Pro-
blemen des ideo-
logischen Kampfes
in Deutschland . . 19

Über die Zusammen-
arbeit von Kom-
munisten und
Pazifisten 24

Was gehen uns die
Bundeswehr-
soldaten an? 30

Unser Interview:
Zu einigen orga-
nisations-politi-
schen Fragen . . . 36

Im Kampf für Frie-
den, Demokratie,
gesellschaftlichen
Fortschritt und
die Wiedervereini-
gung Deutschlands 40

Tatsachen
aus der DDR . . . 46

Die Verantwortung der Arbeiterklasse für eine neue Politik

**Rede des Genossen Josef Ledwohn auf der
19. Deutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig 1964**

Kollegen! Als im Herbst vorigen Jahres Erhard Adenauer als Bundeskanzler ablöste, versprach er mit schönen Worten eine Politik der Mitte und Verständigung.

Aber was ist in der Tat eingetreten? Preissteigerungen, Mieterhöhungen, Fahrpreiserhöhungen, verstärkte Antreiberei, Senkung der Sozialleistungen, Abbau betrieblicher Leistungen, das ist das wahre, arbeiterfeindliche Gesicht des Regierungschefs Erhard, der sich erdreistet, die Arbeiter der Faulheit zu bezichtigen und von den Werktätigen maßhalten zu fordern.

Ich möchte hier offen sagen, daß unsere Gewerkschaften auf diesen sozialreaktionären Kurs noch nicht die richtige Antwort geben. Gewiß, es gibt richtige Beschlüsse solcher Industriegewerkschaften, wie der IG Metall, der IG Chemie und anderer Industriegewerkschaften und auch des DGB für eine aktive Lohnpolitik, für wirksame Aktionen gegen die Teuerung, gegen das Sozialpaket, zur Verteidigung der Lebenslage der Arbeiter. Aber was geschieht damit? Was nutzen uns alle guten Beschlüsse, wenn sie nicht durchgeführt werden? Jeder, der Augen hat, sieht doch, daß die Gewerkschaftsleitungen aus der Feststellung des Kollegen Kummernuss, daß die Zurückhaltung der Gewerkschaften im Jahre 1963 falsch war, in der Praxis noch keine richtigen Schlußfolgerungen gezogen haben.

Darum rufen wir Kommunisten allen Gewerkschaftern zu: Nehmt die Einhaltung der Beschlüsse in die eigenen Hände! In den Betrieben und örtlichen Gewerkschaftsorganisationen beschließt die Durchführung von Kundgebungen und Demonstrationen gegen die Preistreiberei und für Teuerungszulagen. Das höchste Organ der Gewerkschaften, der DGB-Kongreß, hat die sofortige Durchführung solcher Aktionen beschlossen. Jetzt liegt es bei Euch selbst, diese notwendigen Aktionen zu organisieren. Das ist die einzig richtige Antwort auf den verschärften sozialreaktionären Kurs der Erhard-Regierung.

Und noch ein offenes Wort: Der DGB-Kongreß in Düsseldorf hat ein Grundsatzprogramm beschlossen, das eine Plattform für die Arbeiterkämpfe um ein besseres Leben, für Demokratie und Frieden sein kann. Aber Hand aufs Herz: Wer kennt denn das Programm? Es ist ja beinahe so, daß der DGB-Vorstand das beschlossene Programm als geheime Verschlusssache behandelt. Wir Gewerkschafter haben den Entwurf des Programms doch nicht deshalb so heiß diskutiert, damit er jetzt in den Aktenschränken verstaut, sondern weil wir das Programm benutzen wollen, um dem Kampf der Arbeiter und Angestellten gegen die Konzerne klarere Aufgaben zu stellen, unsere Gewerkschaften kampfbereit zu machen und neue Mitglieder zu werben.

Die Rüstungs- und Atombombenpläne durchkreuzen

Hier wurde schon über die Gefahren einer Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atomstreitmacht gesprochen. Ich möchte als Vertreter der KPD alles dies unterstreichen. Gestattet dazu noch ein paar Worte. In Kreisen der Bundesregierung, der Hitlergenerale, der Rüstungsmonopole gibt es verschiedene Pläne, um Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erhalten. Diese Leute möchten über kurz oder lang selbst Atomwaffen produzieren und über den Einsatz entscheiden. Das ist ihr Hauptziel. Sie möchten solange, wie das noch nicht geht, mit dem imperialistischen Frankreich Atomwaffen produzieren und darüber verfügen. In der letzten Zeit propagieren Regierung und Militärs die Beteiligung an einer multilateralen Atomstreitmacht als Umweg, um Atomwaffen in den Griff zu bekommen. Als letzter Plan ist auf der Europa-Konferenz der SPD der Vorschlag Monnets aufgetaucht, daß die EWG, die Montanunion und Euratom verschmolzen werden sollen, um auf dieser Basis eine eigene europäische Atomstreitmacht aufzubauen. So ist der ungeheuerliche Plan aufgetaucht, die sogenannte Einheit Europas unter dem Vorzeichen von Atombomben herzustellen.

Niemand darf den Friedensbeteuerungen der Erhard-Regierung Glauben

Kollegen, geht deshalb zu Euren Gewerkschaftsvorständen und verlangt, daß dieses Programm gedruckt und allen Mitgliedern zugestellt wird, daß alle Gewerkschaftsorganisationen, die Vertrauensleute in den Betrieben verpflichtet werden, mit diesem Programm unter den über 20 Millionen Arbeitern und Angestellten eine große Aufklärungsarbeit zu leisten.

Die Erhard-Regierung ist jetzt vier Monate im Amt. Die Flitterwochen sind also vorbei. Heute können wir schon aus der Erfahrung heraus sagen: von dieser Regierung kann niemand eine Änderung der Adenauer-Politik in der Bundesrepublik erwarten, denn in ihr bestimmen die Scharfmacher. Eine Änderung der Politik in der Bundesrepublik kann nur durch den Druck der Volksmassen erreicht werden.

schenken. Ihre Hitlergenerale gewinnen immer größeren Einfluß in der Führung der NATO. Jetzt soll ein General der Bundeswehr in das oberste Befehlsorgan der NATO, die sogenannte Standing Group aufgenommen werden, damit, wie Heusinger es sagt, der Anteil der Bundeswehr in der Führung der NATO der Stärke der Bundeswehr angepaßt wird.

Es haben also alle diejenigen Unrecht, die meinen, daß über die NATO oder eine multilaterale Atomstreitmacht die Gefährlichkeit der deutschen Militaristen abgebremst werden könnte. Im Gegenteil: Auf diesem Wege erhalten sie immer mehr Macht und Einfluß in der NATO und können so die Verbündeten durch Provokationen in kriegerische Katastrophen hineinziehen.

Der Kollege Reuter führte die Gewerkschafter auf einen falschen Weg, als er kürzlich in der „Welt der Arbeit“ schrieb, die Arbeiter hätten zwar keine Liebesheirat, aber doch eine Vernunftheirat mit der Bundeswehr geschlossen.

Mit Speidel, Heusinger, von Hassel, den atombesessenen deutschen Militaristen gibt es weder Liebesheirat noch Vernunftheirat; da kann es nur die sofortige Scheidung geben: Die Gewerkschafter müssen aber mit den Bundeswehrsoldaten gegen die Militaristen

auftreten, die die Menschenwürde mit Füßen treten.

Niemals kann die Arbeiterklasse ihre Zustimmung zu dem militärischen Apparat geben, der den aggressiven Zielen der Bundesregierung dient. Deshalb können heute die Aufgaben der Gewerkschaften in bezug auf die Bundeswehr nur darin bestehen, daß die Arbeitersöhne nicht der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften entfremdet werden, daß sie nicht dem militaristischen Geist, der dort verbreitet wird, zum Opfer fallen.

Laßt mich, Kollegen, eine Schlußfolgerung ziehen: Atomwaffen und Frieden und Verständigung in Deutschland schließen einander aus. Atomwaffen für die Bundeswehr, in welcher Form auch immer, sind eine Sabotage jeder Friedens- und Entspannungspolitik in Deutschland. Ein guter Deutscher, ob er nun Arbeiter oder Bauer, Gewerkschafter oder Wissenschaftler, Künstler oder Kaufmann ist, wird also um der Zukunft seines Volkes, der Zukunft seiner Nation willen helfen müssen, die Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atomstreitmacht zu verhindern.

Was aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, muß man tun, um die Rüstungs- und Atombombenpläne zu durchkreuzen? Nehmen wir ein Beispiel. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat in einem Brief an den Bundeskanzler Erhard angeboten, zwischen der Bundesrepublik und der DDR einen Vertrag abzuschließen, über den Ausschluß jeder Gewalt in den Beziehungen beider deutscher Staaten und den Verzicht auf Besitz und Verfügung über Atomwaffen. Diesem Vorschlag war ein Vertragstext beigelegt. Ihr wißt, die Bundesregierung hat sich darüber ausgesprochen.

Unsere Partei erklärt ausdrücklich: Das Angebot der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik durch

den Staatsratsvorsitzenden, Walter Ulbricht, ist eine große Hilfe für alle, die in Westdeutschland für eine Politik der Entspannung und Verständigung eintreten. Es muß aber auch gesagt werden: Es ist unsere Pflicht, das Schweigen der Regierung in Bonn zu dem Vorschlag der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu durchbrechen. Wenn Erhard dazu schweigt, ist es Zeit, daß die Gewerkschaftsführer, die Gewerkschaftsfunktionäre, die Betriebsräte und Vertrauensmänner sich darüber verständigen, was getan werden muß, daß ein solcher vertraglicher Verzicht auf Gewalt und Atomwaffen in jeder Form in Deutschland durchgesetzt wird.

Das aber heißt doch nichts anderes, als die Beschlüsse der Gewerkschaften gegen die Rüstungs-, Atom- und Revanchepolitik der Bundesregierung durchzuführen. Das ist gegenwärtig das wichtigste. Jeder Gewerkschafter kann dafür etwas tun. Setzt Euch dafür ein, daß Betriebsversammlungen durchgeführt werden, Vertrauensmännerversammlungen, Vorstandssitzungen und Funktionärskonferenzen, auf denen praktische Schritte festgelegt werden, — wie die Mobilisierung der Belegschaften zu den Ostermärschen, Durchführung eigener Kundgebungen der Gewerkschaften für den Frieden und die Abrüstung.

Die Gewerkschaften sollten sich auch in Petitionen an den Bundestag, die Regierung, die Bundestagsfraktionen und die Parteien wenden und so ihren Forderungen nach Gewaltverzicht, Rüstungsstopp und Verhinderung einer Beteiligung an einer multilateralen Atomstreitmacht mehr Nachdruck verleihen. Was heute getan werden muß, hat die Kundgebung in Mannheim und die Kundgebung in Gelsenkirchen zur Vorbereitung des Ostermarsches gezeigt. In vorbildlicher Einheit sind Tausende Arbeiter und Geistesschaffende gegen die Rüstungs- und Atomwaffenpolitik der Regierung aufmarschiert.

Für eine Alternative der Arbeiterklasse in der Deutschlandpolitik

Das ZK unserer Partei hat in einem Brief an den Parteivorstand, die Organisationen und Mitglieder der SPD den Vorschlag gemacht, gemeinsam für eine neue Politik in Westdeutsch-

land zu kämpfen. Wir sind sehr froh darüber, daß unsere Vorschläge übereinstimmen mit vielen Gedanken, die hier auf dieser Konferenz schon für eine Alternative der Arbeiterklasse in

der Deutschlandpolitik vorgetragen wurden.

Wir haben den sozialdemokratischen Genossen in unserem Brief versichert, daß sie sich darauf verlassen können, daß die KPD mit ihnen entschlossen gemeinsam kämpfen wird, wenn es um einen neuen Weg in der Bundesrepublik geht. Unser Vorschlag für eine gemeinsame Deutschlandpolitik ist nicht ein fernliegendes Programm, sondern er beinhaltet Aufgaben, die jetzt in gemeinsamen Anstrengungen durchgesetzt werden können. Es geht darum,

- 1 in der Bundesrepublik die Störenfriede zurückzudrängen, die eine Wiederholung des Passierscheinabkommens und damit eine weitere Entspannung verhindern wollen;
- 2 die Pläne für eine multilaterale Atomstreitmacht zu durchkreuzen;
- 3 einen Gewaltverzicht zwischen beiden deutschen Staaten zustandezubringen;
- 4 sachliche Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik herzustellen.

Die Durchsetzung solcher Ziele wird auch für uns in Westdeutschland eine neue Lage schaffen. Der Rüstungsetat könnte abgebaut werden. Damit könnten alle die großen Aufgaben in Angriff genommen werden, die unsere Partei für den Aufbau einer friedlichen demokratischen Bundesrepublik vorgeschlagen hat. Es könnten die Aufgaben gelöst werden, die die Gewerkschaften und die SPD zur Verbesserung des Lebens der Bevölkerung fordern.

Die KPD ist dafür, daß sich Sozialdemokraten und Kommunisten, sozialdemokratische und kommunistische Organisationen, SPD und KPD die Bruderhand reichen. Die Erfahrungen beweisen, daß weder die Kommunisten noch die Sozialdemokraten allein in der Lage sind, die notwendigen Veränderungen in der Bundesrepublik herbeizuführen. Wie notwendig eine solche Gemeinsamkeit ist, haben die Vorgänge um die Passierscheinfrage gezeigt. Auch Erhard mußte unter dem Druck der Öffentlichkeit im Dezember seine Zustimmung zum Abkommen zwischen der Regierung der DDR und dem Westberliner Senat erklären.

Heute aber ist die Lage wieder anders. In Bonn ist Erhard unter dem Druck von Barzel, Krone, von Hassel und anderer Ultras umgefallen. Die reaktionärsten und am meisten aggressiven Leute konnten ihre Kräfte sammeln. Sie beherrschen jetzt in Bonn das Feld.

Jawohl, das Passierscheinabkommen war ein Schlag, eine Niederlage der kalten Krieger. Dem Bankrott der Politik der Stärke wurde der Anfang einer neuen Politik entgegengestellt.

Wir kennen natürlich die Schwierigkeiten, die Brandt in seinem Verhältnis zur Bundesregierung, aber auch in der eigenen Parteiführung hat. Während Brandt von Barzel, Amrehn und Krone wütend attackiert wird, halten sich seine Stellvertreter zurück. Wehner verhandelte im Dezember sogar mit Barzel, um mit der Politik der Unversöhnlichkeit und Starrheit der CDU die Gemeinsamkeit aufrechtzuerhalten. Brandt hat von der Notwendigkeit einer Gesamtkonzeption für die Deutschlandpolitik gesprochen. Brandt möchte diese Konzeption mit der Bundesregierung und den Spitzen der CDU und FDP gemeinsam ausbilden, wie er das in einer Fernsehansprache erklärte.

Die KPD hält es für richtig, daß für die Bundesrepublik eine neue Gesamtkonzeption für die Deutschlandpolitik ausgearbeitet wird. Der DGB und die Industriegewerkschaften sollten sich dabei aktiv einschalten und die Interessen der Arbeiterklasse für Frieden und Verständigung wahrnehmen. Bei der Ausarbeitung einer neuen Gesamtkonzeption gehört die KPD mit dazu, denn unsere Partei hat mit ihrer Programatischen Erklärung eine Gesamtkonzeption für eine Deutschlandpolitik, die sich immer wieder als richtig und aktuell erweist. Vertreter des ZK der KPD sind bereit, mit Brandt, Mende und anderen Politikern der Bundesrepublik eine neue Deutschlandpolitik zu erörtern. Damit die ganze Bevölkerung aufgerufen wird, sich an diesem Gespräch über einen neuen Weg zu beteiligen, wäre es notwendig, daß sich die SPD und ihr Vorsitzender Brandt ebenso wie die KPD offen an das Volk wenden und klipp und klar sagen, jawohl, wir sind für eine neue Politik, für Entspannung

und Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten.

Wenn die Arbeiterorganisationen in der Bundesrepublik ihre Kraft in die

Waagschale werfen, dann wird es möglich sein, die Barzel und Kompanie zu schlagen und einen Erfolg der Vernunft zu erringen.

Wiederherstellung der legalen Rechte der KPD

Max Reimann hat kürzlich in einem Brief an den Bundeskanzler Erhard die Aufhebung des Verbots der KPD gefordert. In einer Situation, die so offensichtlich die Beendigung des kalten Krieges erfordert, ist es wohl an der Zeit, sich auch von einem solchen Akt des kalten Krieges, wie dem Verbot der KPD und seinen Konsequenzen, abzuwenden. Darum ist auch die öffentliche Diskussion darüber in vollem Gange. Zahlreiche Publizisten und Politiker haben sich bereits zu dieser Frage geäußert. Selbst der CDU-Ministerpräsident Meyers von Nordrhein-Westfalen konnte sich in einem Interview der Erkenntnis nicht verschließen, daß das Verbot der KPD unzeitgemäß sei.

Ich möchte besonders unterstreichen, daß eine bedeutende sozialdemokratische Zeitung, die NRZ, dieses Interview groß herausgebracht hat und sich ausdrücklich zu den Meinungen Meyers bekannte. Ich freue mich als ehemaliger Landtagsabgeordneter der KPD von Nordrhein-Westfalen besonders darüber, daß der Ministerpräsident in Düsseldorf uns heute bescheinigen muß: die Kommunisten sind nicht tot zu kriegen, sie sind aktiver geworden und die Bundesregierung hat mit dem Verbot ihr Ziel, die Kommunisten auszuschalten, nicht erreicht.

Herr Meyers meinte, daß er sich lieber öffentlich mit den Kommunisten auseinandersetzen würde. Nun, dieser Wunsch beruht auf Gegenseitigkeit.

Herr Meyers hat behauptet, daß es eine Utopie sei, daß die KPD auf dem Boden der Verfassung stehen könne. Herr Ministerpräsident Meyers hat sich offensichtlich an die falsche Adresse gewandt. Jeder weiß doch, daß der Bundesminister Höcherl selbst bekannt hat, daß Behörden des Bundes etwas außerhalb der Legalität handeln. Er hat die Verfassung verhöhnt.

indem er sagte, die Beamten könnten nicht immer mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen.

Aber die KPD, Herr Meyers, hat bereits im Parlamentarischen Rat durch ihren Ersten Sekretär, Max Reimann, erklärt, daß die Zeit kommen werde, da die KPD das Grundgesetz gegen die Väter des Grundgesetzes in Schutz nehmen werde. Der Kampf der KPD gegen die Notstandsgesetze, die der Regierung die Möglichkeit geben sollen, bereits in Friedenszeiten den Kriegszustand zu erklären, die Verfassung außer Kraft zu setzen, zeigt sehr deutlich, wie die KPD zur Verfassung steht.

In dem Brief Max Reimanns an den Bundeskanzler Erhard wird auf die Beschlüsse unseres Parteitag 1963 verwiesen, die eindringlich die Verfassungsmäßigkeit der Politik der KPD nachweisen. Wörtlich heißt es:

„In der Programmatischen Erklärung der KPD wird die Wahrung des Grundgesetzes und die Verteidigung aller dort proklamierten bürgerlich-demokratischen Rechte als erstrangige Aufgabe gestellt und jedem Mitglied der Partei zur Pflicht gemacht.“

Ich möchte im Namen des ZK der KPD erklären:

Der Vorschlag des Ministerpräsidenten Meyers, zwischen den Parteien der Bundesrepublik eine Diskussion über die Aufhebung des KPD-Verbots zu führen, ist zweckmäßig. Bei diesen Diskussionen wäre es gut, auch den Brief Max Reimanns an den Bundeskanzler Erhard zu dieser Frage und die Programmatische Erklärung der KPD, die 1963 auf unserem Parteitag beschlossen wurde, zu erörtern.

Ich bin ermächtigt, im Namen der KPD hier zu sagen: Wenn schon Aussprachen zwischen den Parteien stattfinden, dann sollen auch offizielle Vertreter des ZK der KPD dabei sein. Wir sind bereit, eine Delegation des ZK der KPD unter Leitung Max Reimanns zu benennen, die an den Gesprächen

* Siehe: „Freies Volk“ — Februar-Ausgabe 1964, S. 2

teilnehmen kann, die Herr Meyers vorgeschlagen hat. Diese Delegation könnte auch mit der Bundesregierung die notwendigen Besprechungen aufnehmen, um die konkreten Wege zur Wiederherstellung der vollen legalen Rechte der KPD festzulegen.

Die Wiederherstellung der legalen Rechte der KPD würde in der Bundesrepublik sofort eine andere Lage schaffen. Für den Kampf um Frieden, die Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik, die Schaffung neuer Chancen für eine Politik, die zur Wiedervereinigung beider deutscher Staaten führt, würden sich sofort neue große Möglichkeiten eröffnen.

Bei einer legalen KPD wäre es auch ganz sicherlich leichter, deutsche Arbeiterkonferenzen in der Bundesrepublik durchzuführen.

Ich wende mich jetzt besonders an die sozialdemokratischen Genossen! Die politischen Scharfmacher der CDU/CSU haben seit Beginn des kalten Krieges das Verbot der KPD betrieben und schließlich durchgesetzt, die KPD verfolgt, um den demokratischen Widerstand im Volk gegen die Remilitarisierung, gegen EWG und NATO, gegen die gefährliche Politik der Stärke zu schwächen.

Jetzt, da die gefährliche Politik der militärischen Erpressung und Aggression bankrott ist, setzen die gleichen Leute die SPD unter Druck, um die ersten Regungen für eine beweglichere, mehr den Realitäten angepaßte Politik, die der Entspannung in Deutschland dienen könnte, im Keim zu ersticken. Das ist doch der Sinn aller Attacken der CDU/CSU gegen das Passierscheinabkommen vom 17. Dezember.

Die Scharfmacher in der CDU sprechen zwar nicht darüber, aber es ist ihre klar erkennbare Absicht, die SPD daran zu hindern, mit einem Erfolg für Verständigung in Deutschland aufzutreten. Denn einem solchen Erfolg würde die Mehrheit der Wähler gewiß zustimmen.

Sozialdemokratische Genossen! Eine legale KPD würde wirkungsvoller als jetzt die aktiven Kräfte der Arbeiterklasse mobilisieren können, um den politischen Druck der CDU-Extremisten gegen die ganze Bevölkerung

in der Bundesrepublik zu brechen. Eine legale KPD würde einen großen Beitrag leisten bei der Durchsetzung und Anerkennung einer Politik des Friedens und der Verständigung, wie sie mit dem Passierscheinabkommen zu Weihnachten begonnen wurde.

Die legale KPD würde gemeinsam mit der SPD und anderen demokratischen Kräften einer Politik zum Sieg verhelfen, die dem Volk dient, aber auch für die Scharfmacher der CDU eine Niederlage wäre. So könnte der Weg geebnet werden zu einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung. Dazu muß man jede Gelegenheit ergreifen, die es gibt. Im Juni wird zum Beispiel der Bundespräsident neu gewählt. Die CDU hat sich bereits auf die Wiederwahl Lübkes festgelegt. Das kann man verstehen, denn Adenauer, Barzel, von Hassel und Krone haben in ihm einen treuen Gefolgsmann, der alles getan hat, um in Deutschland den kalten Krieg zu schüren. Er ist es, der auf der Führungsakademie den Offizieren der Bundeswehr sagte, die Bundeswehrsoldaten müssen dazu erzogen werden, daß sie bereit sind, auf Deutsche zu schießen. Wehner hat aber auch die Wiederwahl Lübkes empfohlen, und Erler hat ihn dabei unterstützt. Das kann doch nicht im Interesse der SPD-Mitglieder sein.

Ihr werdet mir sicher zustimmen, wenn ich sage, jeder andere Vorschlag für einen Bundespräsidenten, der bereits gemacht wurde, wie Professor Baade oder Dehler, Heinemann, Knoeringer oder Prof. Weizsäcker ist tausendmal besser als dieser Lübke, der bis an den Hals im Schützen-graben des kalten Krieges steckt.

Aber auch für die Gewerkschaften ist eine legale KPD von unschätzbarem Wert.

Im Kampf um die Durchsetzung einer demokratischen Politik des Friedens und der Verständigung in der Bundesrepublik kann sich die Arbeiterklasse der Bundesrepublik auf das vom DGB beschlossene Grundsatzprogramm stützen.

Die KPD erklärt eindeutig: Das Grundsatzprogramm ist eine geeignete Plattform für das gemeinsame Handeln von Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und Parteilosen in den Gewerkschaften. Die KPD ist eine

Arbeiterpartei, und die Interessenvertretung der Arbeiterklasse ist keine Taktik, sondern Grundsatz unserer Partei. Wir sind der Meinung, daß die Aktivität von Kommunisten und Sozialdemokraten zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen nicht zu einem Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten führt, sondern nur zur Stärkung der Gewerkschaften. Das ist der Standpunkt der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Unser Parteitag 1963 hat alle Mitglieder unserer Partei verpflichtet, in diesem Geiste in den Gewerkschaften zu arbeiten. Darum liegt auch die Wiederherstellung der Legalität unserer Partei im Interesse der ganzen Arbeiterklasse in der Bundesrepublik. Möge sich jeder Gewerkschaftler selbst die Frage vorlegen, von welchem großen Nutzen es wäre, wenn die KPD

in voller Freiheit ihre, der Arbeiterklasse dienende Politik darlegen und vertreten, wenn sie unbehindert die Forderungen der Gewerkschaften im politischen Leben der Bundesrepublik unterstützen könnte.

Der Kollege Olaf Radtke hat das richtig erkannt und auf einer Gewerkschaftsversammlung die Aufhebung des Verbots der KPD gefordert. Die Durchsetzung der freien Betätigung der KPD wird die Kräfte der Arbeiterklasse vervielfachen und die Verwirklichung ihrer berechtigten Forderungen beschleunigen.

Kolleginnen und Kollegen!

In diesem Geiste überbringe ich Euch die brüderlichen Grüße des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands und wünsche Erfolg im Kampf für unsere gemeinsame gerechte Sache: für Frieden und Verständigung in Deutschland!

Vom Leben bestätigt

Die Bedeutung des XX. Parteitages für die Sowjetunion und die internationale Arbeiterbewegung

von MAX REIMANN

I.

Parteitage der KPdSU sind historische Ereignisse, die auf den Lauf der Weltgeschichte einwirken. Sie sind wegweisend für die Völker der Sowjetunion, wie für die Arbeiterklasse aller Länder. Insbesondere vom XX. Parteitag, der eine grundlegende Wende in der kommunistischen Weltbewegung einleitete, und vom XXII. Parteitag wurden die Grundfragen unserer Epoche vollkommen richtig beantwortet. Die Beschlüsse des XX. Parteitages wurden von den Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien im Jahre 1957 und 1960 als richtungsweisend für die ganze internationale kommunistische und Arbeiterbewegung charakterisiert.

Die Jahre nach dem XX. Parteitag der KPdSU nehmen einen besonderen Platz in der Geschichte des Kampfes der Sowjetvölker für Sozialismus und Kommunismus ein. Man nennt diese Jahre eine große Zeit. Sie ist durch gewaltige Erfolge bei der Verwirklichung der Leninschen Innen- und Außenpolitik, beim wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau gekennzeichnet.

Dank der konsequenten Friedenspolitik wuchs das internationale Prestige der Sowjetunion. Der erfolgreiche Kampf für die Liquidation des Kolonialismus, die Beseitigung von gefährlichen Konfliktherden, das Verbot von Kernwaffenversuchen hat ihr große Sympathien bei den friedliebenden Völkern eingebracht. Von der Sowjetunion gingen und gehen zahlreiche neue Initiativen zur Entspannung der internationalen Lage, zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung, zur Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges durch den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages aus. All das hat sowohl in der Weltöffentlichkeit, als auch bei vielen Menschen in der Bundesrepublik die Erkenntnis gefördert, daß die Sowjetunion mit ihrer friedlichen Außen-

politik in eine beispiellose Offensive eingetreten ist. Sie gibt damit den Friedenskräften in aller Welt neue Möglichkeiten und Perspektiven eines erfolgreichen Kampfes gegen den kalten Krieg, für einen dauerhaften Frieden.

Im Leben des Sowjetstaates und der KPdSU gingen große Veränderungen vor sich. Die sozialistische Demokratie wurde weiter entfaltet. Die gesellschaftliche und politische Aktivität der Volksmassen nahm einen großen Aufschwung. Der Personenkult um Stalin und seine Folgen wurden überwunden. Die Leninschen Normen des Partei- und Staatslebens wurden wiederhergestellt und weiterentwickelt. Der XX. und XXII. Parteitag der KPdSU haben in schöpferischer Weise die wichtigsten Probleme des Aufbaus des Kommunismus, den Weg des Hinüberwachsens der sozialistischen Produktionsverhältnisse in kommunistische herausgearbeitet. Neue theoretische Probleme zu den wichtigsten Fragen der gegenwärtigen Weltlage und ihrer weiteren Perspektive wurden entwickelt. Man kann heute feststellen, daß in den zurückliegenden Jahren von den Parteitagen der KPdSU, den Tagungen des Zentralkomitees und dem Genossen Chruschtschow persönlich ein unschätzbarer Beitrag in die Schatzkammer des Marxismus-Leninismus eingebracht wurden.

In diese große Zeit fällt der volle und endgültige Sieg des Sozialismus und der Übergang zum entfalteten Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion. Das ist ein Fakt von welthistorischer Bedeutung. Der Aufbau der kommunistischen Gesellschaftsordnung wurde zu einer unmittelbar praktischen Aufgabe. Im neuen Programm der KPdSU wird der ganzen Menschheit der Weg in eine glückliche Zukunft gewiesen. Es wird die Ordnung sichtbar, die den Menschen ein Leben in Frieden, Arbeit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Wohlstand und Glück sichert.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Sowjetunion ist in den letzten Jahren durch ein rasches Wachstum und einen grundlegenden Umschwung im ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus gekennzeichnet. In den letzten 10 Jahren stieg die industrielle Pro-Kopf-Produktion in der Sowjetunion um das 2,3fache, in den USA aber nur um 15 Prozent. Betrug der Umfang der Industrieproduktion in der Sowjetunion im Jahre 1953 im Vergleich zu den USA 33 Prozent, so waren es 1957 47 Prozent und 1963 schon 65 Prozent. Sowjetische Arbeiter, Wissenschaftler und Ingenieure haben in diesen Jahren hervorragende Leistungen vollbracht. Den Erdumkreisungen der ersten Sputniks folgten der Raketenflug zum Mond, folgten die triumphalen Flüge der bemannten Weltraumschiffe. Und seit über 8 Jahren funktioniert bereits das erste Atomkraftwerk der Welt! Seit einigen Jahren schon befährt der Atomeisbrecher „Lenin“ das nördliche Eismeer. Mehrere hundert automatische Taktstraßen, Dutzende vollautomatische Werkhallen und Fabriken wurden in Betrieb genommen. In der Zeit, in der all dies geschaffen wurde, konnten für 108 Millionen Menschen neue Wohnungen gebaut werden. Der jährliche Zuwachs an neu erbauten Wohnungen übertrifft heute den Zuwachs in den meisten entwickelten kapitalistischen Ländern. Weit voraus ist die Sowjetunion in der Volksbildung, der medizinischen Betreuung und auf vielen anderen Gebieten.

Genosse Chruschtschow zog auf dem Dezember-Plenum des ZK der KPdSU die Entwicklungsbilanz der letzten Jahre und sagte:

„Die Erfolge beim Aufbau des Kommunismus in der UdSSR sind ein großer Beitrag unserer Leninschen Partei, des gesamten Sowjetvolkes zur gemeinsamen revolutionären Sache der Festigung des sozialistischen Weltsystems, zum Kampf der Arbeiterklassen aller Länder gegen Ausbeutung und Unterdrückung, ein Beitrag zum Kampf der Völker gegen Imperialismus und Kolonialismus, für ihre Freiheit und nationale Unabhängigkeit, für den sozialen Fortschritt. Das ist unser Beitrag im Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus.“

Dieser Beitrag kam und kommt der Gemeinschaft der sozialistischen Länder, den nationalen Befreiungsbewegungen und jungen Nationalstaaten ebenso zugute wie der Arbeiterbewegung in allen übrigen Ländern. **Die letzten Jahre bestätigten voll und ganz unsere Überzeugung, daß die vom XX. Parteitag der KPdSU**

ausgehenden Impulse auf den Kampf der Arbeiter- und Friedensbewegung aller Länder und so auch auf die Bundesrepublik einwirken werden.

II.

Die von Adenauer im Jahre 1956, kurz nach Stattfinden des XX. Parteitages verkündete Doktrin: „Wir werden mit der Sowjetunion erst dann sprechen, wenn wir bis an die Zähne bewaffnet sind“, hat längst bankrott gemacht; sie wurde durch die Tatsachen ad absurdum geführt. Die Sowjetunion ist in den letzten Jahren so erstarbt, daß es keinen Zweifel mehr darüber gibt, daß die Sowjetunion heute die stärkste Weltmacht ist und jede „Politik der Stärke“ zum Scheitern verurteilt ist. Diese Tatsachen haben bei vielen Menschen in Westdeutschland zu einer realeren Einschätzung des derzeitigen Kräfteverhältnisses geführt. So erklärt es sich, daß die Forderung immer lauter wird, die Bundesrepublik dürfe nicht auf der sturen „Politik der Stärke“ beharren, sie müsse vielmehr ihren Beitrag zur Entspannung, Abrüstung und Verständigung leisten.

Das von den Bonner Machthabern proklamierte Ziel, die DDR erobern zu wollen, erwies sich ebenfalls als illusionär. Mit den Sicherheitsmaßnahmen vom 13. August 1961 hat die DDR, gestützt auf das enge Bündnis mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten, die deutschen Imperialisten und Militaristen in die Schranken verwiesen. Es erwies sich, daß die Deutsche Demokratische Republik nicht nur nicht zu erobern ist, sondern mehr als jemals zuvor die Zukunft ganz Deutschlands verkörpert. Ihrer konsequenten Friedenspolitik ist es entscheidend mitzuverdanken, wenn sich heute in der Bundesrepublik immer mehr die Auffassung durchzusetzen beginnt, daß zwei deutsche Staaten existieren, daß man solche Schritte gehen muß, die zu Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik führen.

Bekanntlich wurde unsere Partei kurze Zeit nach dem Stattfinden des XX. Parteitages der KPdSU verboten. Die deutschen Imperialisten und Militaristen hatten an dieses Verbot die Hoffnung geknüpft, den Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse und der Friedenskräfte drosseln zu können. Auch das erwies sich als ein Trugschluß. Wie in der übrigen kapitalistischen Welt, so verstärkt sich auch in der Bundesrepublik der Kampf der Arbeiterklasse. Die sozialen Auseinandersetzungen wurden schärfer. Es entwickelte sich eine breite Bewegung gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr und zur Verteidigung der demokratischen verfassungsmäßigen Volksrechte. Heute werden umfassender als je seit 1956 Stimmen laut, die die Aufhebung des Verbotes der KPD und den allseitigen Schutz der demokratischen Volksrechte fordern.

Wir können also feststellen, daß sich seit dem XX. Parteitag das Kräfteverhältnis nicht nur in der Welt, sondern auch in Deutschland weiter zugunsten des Friedens verändert hat. Hat uns der XX. Parteitag schon große Perspektiven und neue Möglichkeiten für die breite Entfaltung des Kampfes um Frieden und friedliche Koexistenz, Demokratie und soziale Sicherheit, für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Einheit aller Volkskräfte eröffnet, so hat die konsequente Verwirklichung der Beschlüsse des XX. Parteitages uns für diese Politik noch größere Möglichkeiten geschaffen. Diese Möglichkeiten heute voll wahrzunehmen, ist eine Aufgabe, die der Parteitag der KPD 1963 von allen Mitgliedern fordert.

III.

Von dem XX. Parteitag wurde nachgewiesen, daß infolge des veränderten Kräfteverhältnisses in der Welt auch neue Bedingungen für die Lösung herangereifter Fragen entstanden sind. Sie ermöglichen es, einige Grundprobleme unserer Zeit auf neue Art zu stellen und zu lösen.

Der Parteitag entwickelte das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme entsprechend den neuen historischen Bedingungen weiter. Er ging mit Recht davon aus, daß dieses Prinzip die einzig richtige und vernünftige Politik in den internationalen

Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten ist. Die Verwirklichung dieses Prinzips ist heute mehr denn je zu einer Lebensfrage geworden. Lenin lehrte, daß der Kampf für friedliche Koexistenz keine taktische Maßnahme oder etwa nur eine von mehreren „Varianten“ ist, sondern die unabänderliche Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten. Er entlarvte die trotzkistische Absicht, die Politik der friedlichen Koexistenz durch abenteuerliche Auffassungen über einen Export sozialistischer Revolution in andere Länder ersetzen zu wollen, als „seltsam und ungeheuerlich“, als einen „völligen Bruch mit dem Marxismus“¹⁾.

Deutschland ist heute ein solcher Brennpunkt, wo sich mit aller Deutlichkeit die Durchsetzung einer Politik der friedlichen Koexistenz als die einzig mögliche Alternative zu dem von den deutschen Revanchisten beabsichtigten atomaren Weltkrieg zeigt. Getreu der Leninschen Lehre und im Bewußtsein unserer nationalen Verantwortung haben wir in der Programmatischen Erklärung den Kampf für die friedliche Koexistenz in der Welt und in Deutschland zur Hauptaufgabe unserer Partei erklärt. Wir wissen uns dabei in Übereinstimmung mit dem erklärten Friedenswillen der Völker und unserer eigenen Bevölkerung. Die Verwirklichung dieser unserer Aufgabe bedeutet harten Klassen- und Volkskampf, in dessen Verlauf die aggressiven Kräfte des deutschen Imperialismus und Militarismus zurückgedrängt und günstigere Möglichkeiten zur Entfaltung des demokratischen Volkskampfes für die Umwandlung der Bundesrepublik in einen sozialen und demokratischen Friedensstaat entstehen werden. In Übereinstimmung mit den vom Genossen Chruschtschow auf dem XX. Parteitag entwickelten Ideen über die Formen des Übergangs zum Sozialismus, hat unsere Partei in ihrer Programmatischen Erklärung der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß sich die Arbeiterklasse und die große Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung, gestützt auf die Erfahrungen und Ergebnisse ihres Kampfes und angespornt durch das Beispiel der sozialistischen DDR. für den Sozialismus entscheiden werden.

Die KPD tritt für den friedlichen Weg der sozialistischen Umwälzung in der Bundesrepublik ein

Die Jahre nach dem XX. Parteitag haben vollauf die Richtigkeit der Feststellung bestätigt, daß heute dank der Existenz des sozialistischen Weltlagers und einer weltweiten Friedensbewegung die reale Möglichkeit besteht, imperialistische Kriege zu verhindern. Als die kriegslüsternden Kräfte des Imperialismus mit bewaffneten Überfällen auf Ägypten und Ungarn, später auf Syrien und im Jahre 1962 gegen Kuba drohten, wurde die Entfesselung völkervernichtender Kriege vereitelt. Das hat dem Kampf der friedliebenden Kräfte in der Bundesrepublik einen starken Impuls gegeben.

Der in unserer Programmatischen Erklärung aufgezeigte Weg zur Rettung des Friedens basiert auf der Erkenntnis, daß die deutschen Imperialisten und Militaristen an der Auslösung eines Krieges, diesmal eines atomaren Vernichtungskrieges gehindert werden können. Das ist der Fall, wenn sich die friedliebenden Volkskräfte der Bundesrepublik, gestützt auf die Deutsche Demokratische Republik, zu mächtigen Aktionen vereinigen und die atomare Aufrüstung Westdeutschlands vereiteln. Wie die Sicherung des Weltfriedens die Wachsamkeit aller Völker, so erfordert die Rettung des Friedens in Deutschland die Wachsamkeit und ständige Aktivität der vereinten Volkskräfte. Das ist eine unerläßliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf. Das um so mehr, als die ganze Politik der Bonner Machthaber abenteuerlich und daher besonders gefährlich ist. Die deutschen Imperialisten und Militaristen erweisen sich als der Hauptstörenfried gegen eine Politik der Entspannung. Sie drängen über die Schaffung der multilateralen Atomstreitmacht nach Verfügungsgewalt über Atomwaffen. Sie wollen sich nicht mit den Ergebnissen des zweiten Weltkrieges abfinden und erheben revanchistische Forderungen nach Revision der bestehenden Grenzen. Sie sind die Hauptverfechter der aggressiven sogenannten atomaren Vorwärtsstrategie.

¹⁾ Lenin, Band 27, Seite 56.

Da sich gerade in der Frage des Friedens der unversöhnliche Gegensatz zwischen einer kleinen Gruppe aggressiver Monopole und den Volksmassen zeigt, schuf der konsequente Friedenskampf der Sowjetunion und der Kommunisten der ganzen Welt auch neue Bedingungen im Kampf für die Einheit aller friedliebenden und demokratischen Volkskräfte. Diese neuen Bedingungen wurden von N. S. Chruschtschow schon auf dem XX. Parteitag dargelegt. Zugleich wurde begründet, daß die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse eine notwendige Voraussetzung für die Einigung aller übrigen Volkskräfte für Frieden und Demokratie ist.

Der Kampf um die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, sachliche Kontakte zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen ist eine der wichtigsten Aufgaben aller kommunistischen und Arbeiterparteien. Gestützt auf die vom XX. Parteitag entwickelten Ideen haben die Moskauer Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien die Grundrichtung des Kampfes für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse ausgearbeitet. Unsere Partei hat sich die Ideen des XX. Parteitages über die Aktionseinheit zu eigen gemacht und auf dem Parteitag 1957, der Parteidelegiertenkonferenz und dem Parteitag der KPD 1963 die Linie für unsere Bemühungen um die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten entwickelt. Wir Kommunisten gehen von den gemeinsamen Interessen aus, die heute Kommunisten und Sozialdemokraten, parteilose und christliche Arbeiter im Kampf für die Erhaltung des Friedens, die Demokratie und die soziale Sicherheit verbinden. Indem unsere Partei die gemeinsamen Interessen in den Vordergrund des Strebens nach Aktionseinheit stellt, führen wir zugleich die Auseinandersetzung mit solchen SPD-Führern, wie Wehner und Erler und solchen Gewerkschaftsführern wie Leber, die die SPD und die Gewerkschaften dem Kurs der reaktionären Monopole unterordnen wollen. In der Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten orientieren wir uns nicht nur auf die linken sozialdemokratischen Kräfte, sondern vielmehr auf das gemeinsame Handeln mit der Masse sozialdemokratischer Mitglieder und Funktionäre, den Anhängern von sozialen Reformen.

Die Durchsetzung der richtigen Linie des Kampfes um Aktionseinheit erfordert die ständige ideologisch-politische Auseinandersetzung mit Sektierertum und Dogmatismus. Sie erfordert eine ständige Überzeugungsarbeit über den Weg der Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten. Wenn es zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten Meinungsverschiedenheiten über neun von zehn Fragen gibt, aber in der zehnten Frage Übereinstimmung besteht, dann nehmen wir diese eine Frage und entwickeln daran den gemeinsamen Kampf und schaffen so gegenseitiges Verständnis und Vertrauen. So und nicht anders entwickelt sich die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Wo diese elementare Erkenntnis beachtet wird, da gibt es auch Erfolge. Wo aber nach dem antimarxistischen Grundsatz verfahren wird — „alles oder nichts“ —, dort wird die Aktionseinheit der Arbeiterklasse erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht.

Jeder kann erkennen, daß die Ausführungen N. S. Chruschtschows auf dem XX. Parteitag von großer Bedeutung für die ganze internationale Arbeiterbewegung und für jede Partei waren und sind. Unter Berücksichtigung der konkreten Situation in unserem Lande sind die Ideen des XX. Parteitages Bestandteil unserer Politik geworden. Sie haben ihren Niederschlag in der vom Parteitag 1963 beschlossenen Programmatischen Erklärung gefunden. Wer daher die Bedeutung des XX. Parteitages und seiner Beschlüsse für die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung herabmindern will, wer die von den Beratungen der kommunistischen Parteien beschlossene Linie gar revidieren möchte, der greift nicht nur die KPdSU, sondern die ganze internationale kommunistische Bewegung und somit auch die Politik unserer Partei an. Gegen all diese Versuche führen wir einen unversöhnlichen Kampf. Das ist notwendig im Interesse der weiteren Festigung der kommunistischen Weltbewegung, wie für die erfolgreiche Verwirklichung unserer Politik.

Unsere Partei hat des öfteren erklärt, daß wir Kommunisten in der Bundesrepublik in der KPdSU die erprobte Vorhut der internationalen kommunistischen und Arbeiterparteien sehen. Das ist unsere unerschütterliche und in jahrzehntelangen Kämpfen gefestigte Überzeugung. Dieser Überzeugung waren wir stets treu geblieben und werden es auch bleiben.

V.

Unter der Führung der Partei Lenins haben die Arbeiter und Bauern Rußlands mit der siegreichen Oktoberrevolution eine neue Ära in der Geschichte der Menschheit eingeleitet. Sie haben damit auch anderen Ländern den Weg zum Sozialismus gewiesen und erleichtert. Unter der Führung der KPdSU wurde in der Sowjetunion der Sozialismus zum endgültigen Sieg geführt und wurde der Aufbau der kommunistischen Gesellschaftsordnung begonnen. Kraft ihrer weltgeschichtlichen Rolle und Verdienste, dank ihrer großen Erfahrungen und der von ihr ausgehenden schöpferischen Bereicherung des Marxismus-Leninismus ist diese Partei, die KPdSU, zur Avantgarde der kommunistischen Weltbewegung berufen.

Der XX. Parteitag war ein Beispiel der schöpferischen Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die Arbeiterbewegung unserer Zeit. Die gesamte Politik der KPdSU und ihres 1. Sekretärs, des Genossen N. S. Chruschtschow, ist ein Vorbild der Treue zu den gemeinsamen Beschlüssen der Moskauer Beratungen von 1957 und 1960. Alle ihre Anstrengungen dienen der Festigung der Einheit des sozialistischen Lagers und der kommunistischen Weltbewegung, der Stärkung der brüderlichen Beziehungen zu den kommunistischen und Arbeiterparteien. Ihr unerschütterlicher Kampf gegen Imperialismus, ihre konsequente und elastische Politik des Friedens, die selbstlose Hilfe für die nationalen Befreiungsbewegungen der Völker, ihre Solidarität mit der internationalen Arbeiterklasse verleihen den Ideen des Kommunismus weltweite Anziehungskraft.

Die feste unverbrüchliche Verbundenheit unserer Partei mit der KPdSU ist ein Vermächtnis, das uns Ernst Thälmann übertragen hat. Diese Verbundenheit werden wir ständig festigen. Daraus erwächst uns zusätzliche Kraft bei der Lösung unserer eigenen Aufgaben. Das ermuntert uns auch unter den schwierigen Bedingungen der Illegalität unserer Verantwortung im Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt in der Bundesrepublik gerecht zu werden.

Über die Bedeutung der 5. Tagung des ZK der SED für unseren Kampf in der Bundesrepublik

von ERICH GLÜCKAUF

Ein Jahr nach dem VI. Parteitag der SED, auf dem das Programm des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der DDR beschlossen wurde, fand die 5. Tagung des Zentralkomitees der SED statt. Die Frage nach dem wichtigsten Ergebnis dieses Jahres beantwortete Genosse Walter Ulbricht mit den Worten: „Wir haben im letzten Jahr mit der Veränderung der Planung und Leitung der Volkswirtschaft begonnen und gute Fortschritte bei der Entwicklung des ökonomischen Denkens und des bewußten Arbeitens der Werktätigen im volkswirtschaftlichen Interesse erreicht.“

Jeder Bürger der DDR konnte in diesem Jahr die persönliche Erfahrung machen, daß seine Anstrengungen und Erfolge in der Produktion unmittelbar mit der Verbesserung seines eigenen Lebensstandards zusammenhängen. Was aber war das Neue auf dem 5. Plenum des ZK der SED, das Freund und Feind so aufhorchen ließ? Das Neue bestand in der Ausarbeitung eines neuen ökonomischen

mischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, durch das verschiedene Methoden zu einem in sich geschlossenen harmonischen Ganzen in der Wirtschaftsführung zusammengeschlossen werden: die staatliche Perspektivplanung, die Anwendung des Grundsatzes der materiellen Interessiertheit vermittelt eines Systems ökonomischer Hebel und der wissenschaftlich begründeten Führung der Wirtschaft. Das Neue bestand in der weitsichtigen Vorausschau und Planung für die Durchführung einer solchen ökonomischen Politik, durch die garantiert wird, daß die Bedingungen für die friedliche Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten und dem friedlichen Wettbewerb der beiden Systeme zum Vorteil des Friedens und des Sozialismus und damit zur endgültigen Lösung der deutschen Frage gesichert werden. Insofern kommt dem 5. ZK-Plenum eine außerordentliche Bedeutung zu im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Strategie und Taktik der SED in der Deutschlandfrage. Gleichzeitig wird hierbei die große Rolle und Verantwortung der KPD deutlich, die sie für die Mobilisierung der Arbeiterklasse und der Volksmassen in der Bundesrepublik, für die Durchsetzung einer Politik der Vernunft und des guten Willens, der Entspannung und der Abrüstung trägt, damit auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz ein normales friedliches Zusammenleben beider deutscher Staaten für eine längere Periode ermöglicht wird. Das ist der einzige Weg zur allmählichen nationalen Wiedervereinigung aller Deutschen in einem friedlichen, demokratischen Staatswesen.

Da der deutsche Imperialismus zum Hauptträger des Konflikts in Europa geworden ist und auch die Erhard-Regierung eine ausgesprochene revanchistische Politik der Vorwärtsstrategie, der atomaren Aufrüstung, des Versuchs der Erpressung der Sowjetunion in der Deutschlandfrage und der Einkreisung und Isolierung der DDR betreibt, ist die volle Ausnutzung aller gesetzmäßigen Möglichkeiten der sozialistischen Planwirtschaft für die allseitige Stärkung der DDR zum entscheidenden Faktor nicht nur für die Perspektive der DDR, sondern auch für das Einwirken der Volksmassen zur Veränderung der Lage in der Bundesrepublik zu Gunsten der Arbeiterklasse, der Kräfte des Friedens und der Demokratie geworden. Das erfordert die Durchführung der technischen Revolution unter Ausnutzung aller Möglichkeiten und der Überlegenheit, die die sozialistische Gesellschaft und Ökonomie hierfür bietet. Von dieser Aufgabenstellung wird für eine ganze Periode die ökonomische, politisch-ideologische, kulturelle und moralisch-ethische Tätigkeit der SED bestimmt. Damit ist einerseits der Zusammenhang aller Aufgaben hergestellt und andererseits das Kettenglied, nämlich die Orientierung der ganzen Kraft auf die nächsten ökonomischen Schritte und Aufgaben gegeben.

Das wahre deutsche Wunder

Auf der 5. ZK-Tagung hat die SED erneut unter Beweis gestellt, daß sie mit ihrer Strategie und Taktik, weit vorausschauend und weit planend, die Partei ist, die die Lage und die Entwicklungstendenzen in Deutschland wissenschaftlich analysiert und daraus die praktischen Schlußfolgerungen für die Ökonomie und die Politik zieht. Dabei darf man nicht außer acht lassen, unter welch besonders komplizierten Bedingungen sich in der DDR der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus vollzieht. Bei einem hohen Stand der Industrialisierung ist die DDR ein rohstoffarmes Land — vor allem was Kohle und Erze betrifft. Die DDR ist das am weitesten nach Westen vorgeschobene Land des sozialistischen Lagers, an dessen westlicher Grenze eine schwerbewaffnete revanchelüste imperialistische Macht lauert, die sich zugleich in Westberlin ein hochexplosives Stör- und Sabotagezentrum geschaffen hat. Erst mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse und mit der Sicherung der Staatsgrenze am 13. August 1961 wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die ökonomischen Gesetze des Sozialismus voll wirksam werden konnten.

Das bisher Erreichte ist umso höher zu bewerten, wenn man bedenkt, welches Erbe an Zerstörung und struktureller Rückständigkeit der Monopolkapi-

talisman gerade in dem Gebiet hinterlassen hat, das jetzt die DDR ausmacht, wenn man bedenkt, daß der wirtschaftliche Schaden, der den Werktätigen der DDR durch die „offene Grenze“ zugefügt wurde, mehr als 30 Milliarden Mark betrug. Wenn die DDR mit all diesen Schwierigkeiten fertigwerden konnte, wenn sie es verstand, das zeitweilige ökonomische Übergewicht des westdeutschen monopolkapitalistischen Staates zu paralisieren und sich in wenigen Jahren unter den zehn größten Industrieländern der Welt emporarbeiten konnte, daß sie auf friedlich-demokratischem Wege große Erfolge auf allen Gebieten erreichen konnte —, so besteht darin das wahre deutsche Wunder. Das alles war nur möglich, weil das Zentralkomitee der SED, stets von einer selbständigen marxistisch-leninistischen Analyse der Lage ausgehend, die neuen Aufgaben formulierte und zusammen mit der Arbeiterklasse und den breiten Volksmassen durchführte.

Auf dem 5. ZK-Plenum kam deutlich zum Ausdruck, daß die Partei das bisher Erreichte hoch schätzt, zugleich aber den Geist der Selbstzufriedenheit und der Genügsamkeit mit Entschiedenheit bekämpft. Die Frage nach dem Neuen in der Leitung der Parteiarbeit wurde so beantwortet: Es kommt jetzt darauf an, die noch vorhandenen Schwächen und Mängel zu überwinden, um rascher voranzukommen und das Weltniveau in allen in der DDR möglichen Zweigen der Produktion zu erreichen. Alle Parteiorganisationen der SED führen verstärkt den Kampf zur Überwindung der formalen, administrativen Arbeit, studieren die Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze in allen Produktionszweigen wie in jedem Betrieb und ziehen hieraus die konkreten Schlußfolgerungen. Diese Aufgabe ist in den Mittelpunkt der Parteiarbeit gerückt.

Der politisch-ideologische und organisatorische Kampf um das wissenschaftlich-technische Höchstniveau und um die Durchsetzung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung verschmelzen zu einer Einheit in der Leistungstätigkeit jeder Parteiorganisation. Aus dieser Einheit ergibt sich auch das perspektivische Denken, das Studium der Entwicklungsrichtung in Wissenschaft und Technik, wodurch die einzelnen Industriezweige und Betriebe sich fest umrissene Ziele stellen können, wie und mit welchen Mitteln in jedem Betrieb oder Institut der wissenschaftlich-technische Höchststand zur weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Erhöhung der Qualität und die Senkung der Kosten erreicht werden kann. Das ist auch der sichere Weg zur weiteren, kontinuierlichen Erhöhung des Lebensstandards, zur höchstmöglichen Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung. Damit sind hohe Ansprüche an die Parteiarbeit gestellt, die nur zu realisieren sind, wenn alle Funktionäre und Mitglieder der Partei zu einem hohen Bildungsniveau vordringen, um die moderne Technologie zu meistern. So ist die ideologische Arbeit der Partei unter den Massen unmittelbar verbunden mit der Lösung der ökonomischen Aufgaben.

Auf dem 5. ZK-Plenum wurde unterstrichen, daß heute der gute Wille nicht mehr ausreicht, sondern daß sich alle Mitglieder der Partei, insbesondere die Leiter der Betriebe, ein großes ökonomisches Grundwissen aneignen müssen, und daß die Leitung und Planung der Volkswirtschaft nur durch solche Menschen möglich ist, die den Mut haben, Risiken zu tragen und die ihre eigene Arbeit und die ihrer Mitarbeiter daran messen, ob auch der höchste Nutzen für die Volkswirtschaft der DDR und damit für die gesamte Bevölkerung herauskommt.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die SED als eine wahrhaft marxistisch-leninistische Kampfpartei der deutschen Arbeiterklasse auch die neuen grandiosen Aufgaben, die sich aus der Durchführung der technischen Revolution in der DDR ergeben, erfolgreich lösen wird, und daß sie der Arbeiterklasse Westdeutschlands den Beweis dafür liefert, wie hochentwickelte Technik, Automation, Elektronik sich nicht zum Fluch, sondern zum Segen der arbeitenden Menschen und der ganzen Gesellschaft entwickeln. In welchem Maße die Arbeiter in der Bundesrepublik über die Gefahren der Automation besorgt sind,

geht deutlich aus einem Artikel in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“¹⁾ hervor, in dem es heißt, daß die monopolkapitalistische Gesellschaft mit den menschlichen Problemen der industriellen Revolution nicht fertig geworden ist und daß es auch in dieser Gesellschaft keine Konzeption gibt, um mit diesem Problem fertigzuwerden. Umso bedeutsamer ist es für unsere Partei, für die Gewerkschaften wie für alle arbeitenden Menschen in der Bundesrepublik, sich eingehend damit zu befassen, an Ort und Stelle zu studieren, wie die SED weitplanend und vorausschauend beim umfassenden Aufbau des Sozialismus alle die Fragen für die Arbeiterklasse und das Volk löst, die unter den Bedingungen der Herrschaft des Monopolkapitals in der Bundesrepublik unlösbar sind. Während die Automation unter den Bedingungen des Monopolkapitals für die Arbeiterklasse Arbeitslosigkeit und Fluch bedeutet, gereicht sie der Arbeiterklasse unter den Bedingungen des Sozialismus zum Segen. Diesen Beweis tritt die SED mit der Erfüllung der Beschlüsse des 5. ZK-Plenums an und wirkt dadurch revolutionierend auf die Bewußtseinsentwicklung der westdeutschen Arbeiterklasse.

Auf ihrem Parteitag 1963 hat die KPD ihre eigene Analyse über die Entwicklung in der Bundesrepublik erarbeitet und ihre strategische und taktische Orientierung in einer Programmatischen Erklärung niedergelegt. Bei der Durchführung unserer Politik ist uns das 5. ZK-Plenum der SED eine große Hilfe. Für alle Genossen wird der enge Zusammenhang der Beschlüsse unseres Parteitages und den Aufgaben, die sich die SED stellt im Hinblick auf die gemeinsame Perspektive in Deutschland, im Ringen um die Lösung der deutschen Frage sichtbar. So bestätigt sich die Richtigkeit der Losung, unter der unser Parteitag 1963 stand, daß die enge Kampfgemeinschaft zwischen SED und KPD auch das Unterpfand unseres Sieges in der Bundesrepublik ist. Im Zusammenhang mit dem 5. Plenum des ZK der SED gewinnen im Kampf unserer Partei in der Bundesrepublik folgende Fragen eine besondere Bedeutung und bedürfen der unbedingten Klärung in der gesamten Partei:

1. Die Frage nach dem Charakter unserer Epoche

Wir leben in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. In der Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1960 heißt es, daß der Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung die Voraussicht Lenins bestätigt hat, daß die Länder des siegreichen Sozialismus ihren Haupteinfluß auf die Entwicklung der Weltrevolution durch den wirtschaftlichen Aufbau ausüben. Diese Erkenntnis gilt natürlich auch uneingeschränkt für die großen Klassenausesetzungen in Deutschland. Darum ist es für unsere Partei von allergrößter Bedeutung, sich mit der Richtung wie mit den Details — also mit der ganzen Problematik — des sozialistischen Aufbaus in der DDR vertraut zu machen. Das muß jetzt ein wesentlicher Bestandteil in der marxistisch-leninistischen Erziehungsarbeit unserer Partei sein.

Es gibt einen untrennbaren Zusammenhang zwischen den beim Aufbau des Sozialismus in der DDR zu lösenden ökonomischen Aufgaben und dem Kampf unserer Partei für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse zur Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Bundesrepublik zu Gunsten der friedlichen, demokratischen Volksmassen. Dieser Zusammenhang besteht auch in der Frage der maximalen Ausnutzung der Zeit. Je schneller sich in der DDR das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft durchsetzt, je allseitiger die Stärkung der DDR ist, umso günstiger sind die Auswirkungen auf die Entwicklung des Bewußtseins der Volksmassen und deren Aktivität in der Bundesrepublik. Und umgekehrt, je umfassender und je schneller sich die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, deren Kern in der Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten besteht, durchsetzt, je allseitiger sich der Volkskampf gegen Monopolkapital und Militarismus ent-

¹⁾ Nr. 2/1964, Hans Rehmann: „Automation — Herausforderung der Zeit“, S. 88—91.

wickelt, umso günstiger sind diese Auswirkungen auf die DDR. Aus diesem Zusammenhang der beiderseitigen Interessen erwächst damit die hohe Verpflichtung unserer Partei.

2. Klarheit über den Zusammenhang von Klassenkampf und friedlicher Koexistenz

Der Kampf um die Durchsetzung einer friedlichen Koexistenz in der Bundesrepublik ist erbitterter Klassenkampf gegen das aggressive Monopolkapital. Es gibt jedoch gelegentlich die Auffassung, daß die Gefahren, die ein nuklearer Weltkrieg mit sich bringt, fast automatisch zu einer Minderung der Spannungen und zu einer Abrüstung führen müssen und daß dadurch ein friedliches Zusammenleben der beiden Weltsysteme garantiert ist. Eine solche Auffassung demobilisiert die Volksmassen im Kampf gegen den Imperialismus, führt zur Unterschätzung der gefährlichen Rolle des deutschen Imperialismus und begünstigt die lebensgefährliche Atomkriegspolitik der Einpeitscher der Kriegs- und Revanchepolitik. Die Zurückdrängung dieser Kräfte, ihre Entfernung von den Schalthebeln der Wirtschaft und Politik in der Bundesrepublik ist harter Klassenkampf und Volkskampf und erfordert einen unerbittlichen Haß gegen die monopolkapitalistischen Klassenfeinde der Arbeiterklasse.

Natürlich gibt es einsichtige Kräfte des internationalen Monopolkapitals, die zu einer realen Einschätzung des Kräfteverhältnisses neigen und daraus auch einige Schlußfolgerungen in ihrem politischen Handeln ziehen. Aber bislang dominieren in der Bundesrepublik noch die aggressiven, auf verschärfte Konflikte ausgehenden imperialistischen Kräfte. Das darf man keinen Augenblick aus dem Auge lassen. Darum ist der Hauptstoß gegen diese Kräfte zu richten. Aber man muß ebenso klar einschätzen, daß auch die „realer denkenden“ Kräfte des Monopolkapitals nicht ihr Ziel aufgegeben haben, die Entwicklung des Sozialismus aufzuhalten und wenn möglich, den Sozialismus zurückzuwerfen. An manchen Stellen unserer Partei werden aber diese Kräfte falsch eingeschätzt, etwa so, als ob diese sich automatisch auf eine Politik des Friedens und der friedlichen Koexistenz orientieren. Das aber ist doch eine grobe Irreführung der Arbeiter und der friedlichen Menschen.

In der Sonderbeilage der regierungsamtlichen Zeitschrift „Parlament“, vom 12. Februar 1964, erklärt ein Mitarbeiter aus dem früheren Kennedy-Stab: „Auch für den Westen sollte eine Entspannung ein Mittel sein, um seine eigenen Ziele zu erreichen.“ Und zur deutschen Frage formuliert dieser „Friedensstrategie“: „Wir sollten ein Gespräch nicht ablehnen, sollten aber immer daran denken, daß es unvereinbar ist mit der Berliner Mauer und dem Ulbricht-Regime.“ Hier ist also deutlich formuliert, daß die Bereitschaft zum Verhandeln nichts daran ändert, daß auch die Bereitschaft für Konflikte geblieben ist. Gerade darauf orientieren sich die aggressiven Politiker und Revanchisten in der Bundesrepublik. Hierbei wird ihre Taktik immer deutlicher, den Hauptstoß gegen die DDR zu richten, als das Kettenglied in der Politik der „Zurückdrängung des Sozialismus“. Darum ist und bleibt die Durchsetzung einer Politik der friedlichen Koexistenz erbitterter Klassenkampf. Um zu einer Politik der Vernunft und der Entspannung zu gelangen, ist die Mobilisierung großer Bevölkerungsschichten in der Bundesrepublik gegen die Atomrüstung, für Rüstungsbeschränkung, für die Normalisierung der Lage zwischen beiden deutschen Staaten durch Verhandlungen und Entspannung erforderlich.

3. Keine Koexistenz in Ideologischen Fragen

Der tiefe humanistische Inhalt der Politik der friedlichen Koexistenz besteht darin, im Ringen zwischen den verschiedenen Gesellschaftssystemen — dem Sozialismus und dem Kapitalismus — einen völkerverheerenden Krieg auszuschalten. Welches System dem anderen überlegen ist, soll entschieden werden im friedlichen Wettstreit auf dem Gebiet der Ökonomie und der Ideologie. Soweit es um die Ökonomie geht, können realistisch denkende Vertreter des Kapi-

talismus nicht länger umhin, das Prinzip des friedlichen Wettstreits anzuerkennen. Auf dem Gebiet der Ideologie jedoch erheben sie die Forderung, daß die Marxisten-Leninisten auf die geistige Auseinandersetzung verzichten und damit kapitulieren sollen. Es gibt Vertreter des Monopolkapitals, die uns zur Aufgabe unserer Ideologie zwingen wollen mit der Drohung, daß sonst eine „friedliche Koexistenz überhaupt nicht möglich sei“. Am deutlichsten hat dies der Mitarbeiter Kennedys, Arthur Schlesinger, zum Ausdruck gebracht, indem er schrieb,^{*)} daß es „praktisch überhaupt keine Koexistenz geben könne“, wenn die Kommunisten auf dem Standpunkt verharren, „keine friedliche Koexistenz auf dem Gebiet der Ideologie“. Das ist erpresserisch; es bedeutet, daß die Marxisten der bürgerlichen Ideologie das Feld überlassen sollen. Darum auch wird von diesen Leuten volle Freiheit für die Verbreitung bürgerlich-philosophischer Ansichten in den sozialistischen Ländern verlangt und der massive Angriff geführt gegen den sozialistischen Realismus in allen Zweigen der Kunst und der Kultur. „Demontage“ der proletarischen Ideologie und Aufwertung der bürgerlichen Ideologie in allen Erscheinungen bis zur äußersten Dekadenz —, das ist ein wesentlicher Bestandteil des Kampfes des Imperialismus beim Versuch des Aufhaltens und des Zurückdrängens des Sozialismus. Darum gilt es für unsere Partei, diese Erscheinungen in der Bundesrepublik genau zu beobachten und zu beantworten mit der Verteidigung und Verbreitung des marxistisch-leninistischen Gedankenguts. Die 5. ZK-Tagung der SED hat uns dafür das Beispiel gegeben.

★ ★ ★

Auf dem 5. Plenum des ZK der SED wurden alle Probleme der sozialistischen Ökonomie in unmittelbaren Zusammenhang gebracht mit der Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter in den Betrieben. Genosse Walter Ulbricht erklärte, daß es unter den Bedingungen der sozialistischen Planwirtschaft keinen Widerspruch zwischen den Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen und den Aufgaben zur Steigerung der Arbeitsproduktivität geben darf. Unter den Bedingungen des sozialistischen Aufbaus ermöglicht die Durchführung der technischen Revolution nicht nur die volle Ausnutzung aller materiellen, geistigen und moralischen Quellen zur Steigerung der Produktion, sondern führt auch zur qualitativen Veränderung des staatlichen, ökonomischen und gesellschaftlichen Lebens, zur Entfaltung der sozialistischen Demokratie, zur immer breiteren Mitarbeit der Werktätigen in allen gesellschaftlichen Einrichtungen. Immer mehr wird sichtbar, wie das gesellschaftliche Interesse zusammenfällt mit den freiheitlichen, ökonomischen und kulturellen Interessen jedes einzelnen Menschen. Die Menschen vereinen sich in der sozialistischen Gesellschaftsordnung in ihrem gemeinsamen Bemühen immer mehr zu einer wahren Menschengemeinschaft.

So gibt das 5. ZK-Plenum unserer Partei starke politisch-ideologische Waffen in die Hand für die klassenmäßige Erziehung der westdeutschen Arbeiter, für unser wirksames Auftreten in den Gewerkschaften, zur Beantwortung aller grundlegenden Fragen, die die Werktätigen und insbesondere auch die Arbeiterjugend gestellt hat, in Wissenschaft und Technik und damit in der Produktion das Weltniveau zu erreichen, wird die Tätigkeit unserer Partei davon bestimmt, in der Bundesrepublik die Arbeiter und die breiten Volksschichten für die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz zu gewinnen, weil nur dies der Weg ist, auf dem die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik zu Frieden, wirtschaftlicher Sicherheit und sozialem Fortschritt gelangt. So unterschiedlich auch die Aufgaben für die Arbeiterklasse in der DDR und in der Bundesrepublik sind, so sind es im Kern doch die gleichen: Es geht um die gemeinsame glückliche Zukunft der ganzen deutschen Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes; es geht um die friedliche Lösung der deutschen Frage; es geht um den Bestand und das Glück unserer Nation; es geht um den Triumph des Sozialismus in ganz Deutschland.

^{*)} Siehe „Parlament“ vom 12. Februar 1964, Sonderbeilage.

Zu einigen Problemen des ideologischen Kampfes in Deutschland

Aus dem Referat des Genossen Prof. K. Hager
vor Gesellschaftswissenschaftlern der DDR*)

Es herrschen heute in Deutschland zwei Klassen — in der DDR die Arbeiterklasse, die im Bunde mit allen anderen Werktätigen den Sozialismus aufbaut, in Westdeutschland das Monopolkapital, dessen reaktionärste und aggressive Kreise die atomare Aufrüstung und eine Politik der imperialistischen Expansion betreiben. Zwischen Imperialismus und Sozialismus ist keine Verschmelzung und keine Wiedervereinigung möglich, denn die Lösung der nationalen Frage erfordert die Überwindung der antinationalen Herrschaft des deutschen Imperialismus, die Zukunft Deutschlands kann nur der Sozialismus sein. Wohl aber ist eine Politik der Vernunft und des guten Willens, der friedlichen Koexistenz, zwischen den beiden deutschen Staaten, ja eine Konföderation möglich, die wir erstreben, da sie im Interesse des deutschen Volkes liegt und es gestatten würde, die Beziehungen zwischen der DDR, Westdeutschland und Westberlin durch Abmachungen zu regeln.

In der gegenwärtigen Epoche ist der Widerspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus, der vordergründig in Erscheinung tritt, der Hauptwiderspruch. In unserer Epoche geht es mit geschichtlicher Notwendigkeit nicht etwa um eine „Umwandlung“ des Kapitalismus, auch nicht um eine „Einheit“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sondern um die endgültige Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus. Die Politik der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen zwischen den Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung steht nicht im Widerspruch zu dieser geschichtlichen Notwendigkeit der Überwindung des Imperialismus, sondern ist die gegenüber dem Atomkrieg einzig mögliche Alternative; sie ist die einzige Politik und Methode, die den friedlichen Wettstreit beider Systeme auf ökonomischem Gebiet ermöglicht.

In diesem Klassenkampf beeinflussen sich Kapitalismus und Sozialismus, Westdeutschland und die DDR gegenseitig. Die DDR gibt das Beispiel für die Verwirklichung des Sozialismus und die Sicherung des Friedens. Sie erleichtert es der Arbeiterklasse Westdeutschlands, ihre geschichtliche Aufgabe im Bunde mit allen anderen demokratischen Kräften zu erfüllen und den Imperialismus und Militarismus zu bändigen. Umgekehrt ist der westdeutsche Imperialismus bestrebt, auf die DDR einzuwirken, letzten Endes mit dem Ziel, seine reaktionäre Herrschaft wieder auf ganz Deutschland auszudehnen.

Die Gegner, die außerstande waren, die Vorwärtsentwicklung der sozialistischen Vorwärtsentwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der DDR durch faschistische Provokationen und konterrevolutionäre Machenschaften sowie mit ökonomischen Mitteln aufzuhalten, setzen nun ihre Hoffnung verstärkt auf die ideologische Diversion.

Sie geben offen zu, daß es für sie angesichts der wachsenden Macht des Sozialismus und der Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zu seinen Gunsten keinen kurzen Weg zur Verwirklichung ihrer Pläne gibt. Deshalb schlagen sie den Weg des „evolutionären Wandels durch Annäherung“ ein. „Nicht mehr ‚Liberation‘, sondern ‚Liberalisation‘ ist das amerikanische Programm“ heißt es im „Tagesspiegel“ vom 15. März 1964. Und weiter: „Die Freiheit steht nicht mehr als Befreiung, sondern als Liberalisierung innerhalb der geschlossenen Gesellschaft des Kommunismus auf dem internationalen Programm“.

In der ideologischen Diversion des Gegners treten dabei besonders folgende Momente hervor:

1. Die heuchlerische Propaganda der „Freiheit“ und „Menschlichkeit“.

*) Konferenz der Ideologischen Kommission des Politbüros des ZK der SED am 19. und 20. März 1964 — „Neues Deutschland“ vom 26. März 1963

2. Die Lüge, die Politik unserer Partei und die Entwicklung auf kulturellem und ideologischem Gebiet sei vom Dogmatismus beherrscht
3. Die Ausnutzung bestimmter Erscheinungen der „Liberalisierung“, d. h. revisionistischer Bestrebungen einiger Intellektueller, in anderen sozialistischen Ländern.
4. Die Propagierung der friedlichen Koexistenz auf dem Gebiet der Ideologie. Besonders richtet sich dabei der Kampf des Gegners gegen das von uns verfochtene Prinzip der Parteilichkeit und Volksverbundenheit in Literatur und Kunst.

Ebensowenig wie es zwischen Sozialismus und Kapitalismus eine Verschmelzung geben kann, ist es möglich, zwischen der sozialistischen Ideologie und der Ideologie des Imperialismus und Militarismus eine Versöhnung und Verschmelzung herbeizuführen. Die imperialistische Ideologie ist eine Ideologie der Reaktion, des Antihumanismus und des Krieges. In ihr ist der Antikommunismus das vorherrschende Element. Die sozialistische Ideologie hingegen ist die Ideologie des gesellschaftlichen Fortschritts, der Menschlichkeit und des Friedens. Sie ist vom Geist der Völkerfreundschaft und der Gleichberechtigung aller Völker durchdrungen. Zwischen diesen einander entgegengesetzten Ideologien kann es keine friedliche Koexistenz geben.

Die DDR — Hort wahrer Freiheit

Der umfassende Aufbau des Sozialismus in der DDR und der Kampf gegen die unmenschliche Politik der Bonner Ultras, die den Frieden und die Freiheit bedroht, erfordern von jedem Mitglied unserer Partei und allen anderen fortschrittlichen Kräften Klarheit über die Grundfragen der nationalen Politik und eine entschiedene Parteinahme für unsere Republik.

In der letzten Zeit mußten wir uns mit den Auffassungen Professor Havemanns auseinandersetzen, der den Angriff auf die Politik und Ideologie der Partei unter der Flagge des Antidogmatismus führte. Inzwischen hat er seine politische Konzeption, die er eine Zeitlang philosophisch verbrämte, in einem Gespräch mit einem Westjournalisten vollständig aufgedeckt. Das Hamburger „Echo am Abend“, eine von Herbert Wehner beeinflusste Zeitung der rechten SPD-Führung, veröffentlichte dieses Gespräch in Form eines Interviews.

Mit R. Havemann fanden schon seit Jahren Diskussionen über philosophische und andere Probleme statt, die sich seit der Leipziger Tagung im Herbst 1962 über fortschrittliche Traditionen in den Naturwissenschaften verstärkten. Wir hätten zweifellos diese Diskussionen über Philosophie und Naturwissenschaften, Fragen der Moral usw. in geeigneter Weise fortgesetzt. Statt dessen legte er einem westdeutschen Journalisten in einem fast zweistündigen Gespräch seine vom Standpunkt der Partei abweichenden politischen Auffassungen dar und gab damit der Westpresse den Stoff zu einer großangelegten Verleumdung der DDR.

In der Auseinandersetzung mit R. Havemann ging es um grundlegende Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung und des ideologischen Kampfes in unserer Periode.

Man muß sagen, daß R. Havemann weder die Ziele des Gegners erkannte noch dazu beitrug, dessen Absichten zu vereiteln. Vielmehr lieferte er ihm Material für seine gegen die DDR gerichtete Hetze. Er verschleierte durch sein Auftreten das wahre Wesen der klassenmäßigen Auseinandersetzung in Deutschland und erwies sich als unfähig, die Grundfragen der nationalen Politik zu verstehen.

R. Havemann benutzte die Spalten der Westpresse nicht etwa, um gegen die NATO-Politik der westdeutschen Militaristen und Revanchisten aufzutreten, wie es für jeden friedliebenden und fortschrittlichen Deutschen selbstverständlich sein sollte, sondern um die DDR zu diffamieren. Er prangerte nicht etwa die Freiheit an, die die Ultras in Bonn genießen, die zum Schaden des deutschen Volkes und der Sache des Friedens die multilaterale atomare Aufrüstung Westdeutschlands betreiben und jede Verständigung und Normalisierung der Be-

ziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten verhindern. Er griff nicht die Politik jener Kräfte an, deren Ziel es ist, die reaktionäre Herrschaft des Militarismus und Revanchismus wieder auf ganz Deutschland auszudehnen, sondern die Politik des Arbeiter-und-Bauern-Staates, der den Frieden verteidigt und die Freiheit seiner Bürger vor dem aggressiven Imperialismus und Militarismus schützt. Deshalb mußte ein Schlußstrich unter eine seit langem währende Diskussion gezogen und klar ausgesprochen werden, daß Havemann weder das Recht hat, Mitglied unserer Partei zu sein, noch die Befähigung, als Hochschullehrer unsere Jugend zu erziehen. Er sollte sich künftig ausschließlich der wissenschaftlichen Forschungsarbeit widmen.

In seinen Ausführungen machte sich R. Havemann faktisch die Losungen des Goßesberger Programms der SPD zu eigen. In der Tat verhüllt das Gerede der rechten sozialdemokratischen Führer von der „Freiheit“ und vom „freiheitlichen Sozialismus“ nur schlecht ihre Kapitulation vor dem westdeutschen Imperialismus und Militarismus. Aber Havemann richtete die Losung der Freiheit gegen die DDR, gegen unsere Partei und den Arbeiter-und-Bauern-Staat.

Doch wie steht es um das Problem der Freiheit in Deutschland?

Es hat keinen Sinn, über Freiheit zu reden, als ob es irgendeine abstrakte Freiheit gäbe. Die Wahrheit ist immer konkret; wenn von der Freiheit gesprochen wird, so handelt es sich um eine durchaus konkrete Frage.

Und hier muß man sagen: Noch niemals in seiner Geschichte hatte das deutsche Volk so viel wahre Freiheit wie in der Deutschen Demokratischen Republik. Denn hier besitzt die Arbeiterklasse im Bunde mit allen anderen Werktätigen die Macht. Hier ist die Macht der Monopole und Großgrundbesitzer gebrochen und haben die sozialistischen Produktionsverhältnisse gestegt.

Wenn von Freiheit in Deutschland die Rede ist, so muß man davon ausgehen, daß nach Jahrzehnten uneingeschränkter Herrschaft der aggressiven Kräfte des Imperialismus, die unsere Nation in zwei Weltkriege stürzten und die Freiheit des deutschen und anderer Völker mit Füßen traten, endlich ein deutscher Friedensstaat — die Deutsche Demokratische Republik — entstanden ist, der den Frieden wahr und schützt. Wir brachten dem Frieden die Freiheit. Wenn von Freiheit in Deutschland die Rede ist, so muß man davon ausgehen, daß endlich ein Arbeiter-und-Bauern-Staat entstanden ist, unsere Deutsche Demokratische Republik, wo die jahrhundertelange Ausbeutung und Unterdrückung des deutschen Volkes durch Adlige und Fürsten, Großkapitalisten, Bankiers und Junker für immer beseitigt ist und das Zeitalter des Sozialismus begonnen hat. Und Sozialismus ist die höchste Freiheit! Wenn von Freiheit in Deutschland die Rede ist, so muß man davon ausgehen, daß endlich in einem Teil Deutschlands, in unserer Deutschen Demokratischen Republik, die Ideen des Humanismus, der Demokratie und der Völkerfreundschaft zu den herrschenden Ideen geworden sind und keine Freiheit mehr besteht für Kriegshetze und Rassenhaß, für Revanchismus und Antikommunismus.

Der Sozialismus beendet die soziale Ungleichheit, er sichert eine freie Entwicklung für jedes Mitglied der Gesellschaft, ein hohes materielles und kulturelles Lebensniveau für alle Werktätigen, er garantiert das gleiche Recht auf Arbeit, Erholung, Bildung, soziale Sicherstellung. Deshalb verstärkt sich entsprechend der Festigung und Entwicklung des Sozialismus bei den Werktätigen immer mehr die Verbundenheit und Liebe zur neuen Ordnung.

Die westdeutschen Imperialisten und ihre Ideologen reden viel von Freiheit und Menschlichkeit. Tatsächlich verschleiern sie jedoch damit nur die soziale und ökonomische Ungleichheit in der kapitalistischen Gesellschaft. An Stelle der Freiheit herrscht in der kapitalistischen Gesellschaft Westdeutschlands Unterdrückung und Ausbeutung. An Stelle der Menschlichkeit herrscht die unmenschliche Politik des Revanchismus und der monopolkapitalistischen Profitmacherei.

Bei R. Havemann war jedoch keine Rede davon, daß die Freiheit des einzelnen die Befreiung des Volkes aus kapitalistischer Knechtschaft und Ausbeutung voraussetzt und sich erst in einem sozialistischen Staat wie unserer Deutschen

Demokratischen Republik entfalten kann, in dem das Volk selbst sein Geschick in die Hand genommen hat. Er sprach nicht davon, daß die Freiheit in Westdeutschland von den Imperialisten und Militaristen mit Füßen getreten wird, während sie sich unter den Bedingungen unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung immer mehr entwickelt. Er sprach nicht von der planmäßigen Desinformation, die ein ganzes System der Beeinflussung von der Schule bis zu den „Massenmedien“ der Presse und des Funks in Westdeutschland im Interesse der kapitalistischen Herrschaft betreibt, während die Erziehung und Information bei uns den Interessen des Sozialismus dient. Es ist ein gewaltiger Sieg des fortschrittlichen Denkens, daß die Fesseln der geistigen Reaktion, des Bildungsprivilegs und kapitalistischen Pressemonopols gesprengt wurden und in der Deutschen Demokratischen Republik die freie sozialistische Presse unserer Partei und die Presse der anderen demokratischen Parteien und Massenorganisationen die Wahrheit über unsere Zeit und im besonderen über die nationalen Probleme unseres Volkes verbreitet.

Natürlich ist es den Gegnern der DDR angenehm, wenn durch einen „Marxisten“ — und Prof. Havemann galt als solcher — der Ruf nach umfassender Freiheit, nach „Freiheit für jeden Menschen“, nach „uneingeschränkter Information“ erhoben wird. Es wäre ihnen lieber, wenn es keinen 13. August 1961 gegeben hätte und sie wieder, wie in der Zeit der offenen Grenze, direkt und ungehindert die DDR schädigen könnten. Da nunmehr die Früchte der Arbeit unserer Werktätigen nicht mehr in ihre Taschen fließen können, erheben sie ein wütendes Geschrei über angebliche Unfreiheit und Unmenschlichkeit. Unsere gesicherte Staatsgrenze wird aber solange existieren, bis der westdeutsche Imperialismus gebändigt ist. Es wäre ihnen auch lieber, wenn sie ihre ideologische Konterbande bei uns offen verbreiten könnten. Das wird aber nicht geschehen.

R. Havemann hat mit seinem Gerede von der „umfassenden Freiheit“, von der „Freiheit aller“, der Freiheit „für jeden Menschen“, nur den imperialistischen Feinden der Freiheit, denen, die die DDR „im Namen der Freiheit“ erwürgen möchten, Wasser auf die Mühle gegeben. Er hat außerdem durch das allgemeine Gerede von Freiheit die Studenten desorientiert, statt ihre Verbundenheit mit der Arbeiter-und-Bauern-Macht und dem Kampf für den Frieden und den Sieg des Sozialismus zu festigen.

Der Sozialismus — Weg und Ziel

Der Aufbau des Sozialismus ist eine tiefgreifende Umwandlung im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts. Als Haupttriebkraft dieser Entwicklung wird im Programm unserer Partei die Übereinstimmung der grundlegenden Interessen der Individuen mit den gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen bezeichnet.

Es ist zweifellos falsch und widerspricht der Erfahrung, wenn behauptet wird, daß der Widerspruch bzw. Konflikt zwischen den individuellen und den gesellschaftlichen Interessen, der sich in der Unzufriedenheit der Massen ausdrückt, die Hauptquelle des gesellschaftlichen Fortschritts überhaupt sei. Das heißt den Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus verwischen.

An die Stelle des Widerspruchs zwischen dem einzelnen und der Gesellschaft, der für den Kapitalismus charakteristisch ist, trat in unserer sozialistischen Gesellschaft die Entwicklung der moralisch-politischen Einheit des Volkes. In solchen Erscheinungen wie der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, der Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs und der Masseninitiative, dem wachsenden Verständnis und Verantwortungsbewußtsein des einzelnen für die Erfordernisse der sozialistischen Gesellschaft kommt das Neue zum Ausdruck.

Wenn vom Sozialismus gesprochen wird, als ob dieser ein Weg voll Entbehrungen und Opfer sei, ein Zustand, wo nach wie vor jeder nur auf seinen persönlichen Vorteil bedacht ist und seine persönliche Sicherheit ohne Rücksicht auf die gesellschaftlichen Interessen erreichen will, eine Gesellschaft, in der die Normen der Moral nur „das Mittel zur Aufrechterhaltung der Schlechtigkeit unseres Lebens“ sind und die Beziehungen der Menschen durch die materielle Abhängigkeit voneinander bestimmt sind, so kommt darin ein tiefes Unver-

ständnis für das Wesen der sozialistischen Umwälzung, für die Wandlung des Menschen, für die Dialektik der Entwicklung zum Ausdruck.

Gewiß, in den zurückliegenden Jahren mußte die Arbeiterklasse viele Entbehrungen und Opfer auf sich nehmen, und auch der umfassende Aufbau des Sozialismus ist nicht leicht. Aber wer kann leugnen, daß die Arbeiterklasse im Bunde mit den anderen Werktätigen ein großartiges Werk vollbracht hat, daß wir gut vorangekommen sind und die neue sozialistische Gesellschaftsordnung erfolgreich aufbauen. Leute, die nur Mängel und Fehler oder nur die Überreste der kapitalistischen Vergangenheit sehen, mißachten letzten Endes das große Werk des Aufbaus und des Friedens, das die Arbeiterklasse, die Genossenschaftsbauern, die Intelligenz und alle anderen Schichten des Volkes unter Führung unserer Partei vollbracht haben und das nunmehr den umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik ermöglicht.

Das Neue, den tiefgehenden Wandel sehen!

Im Unverständnis für das Neue, für den tiefgehenden Wandel der Gesellschaft und des einzelnen im Sozialismus sehe ich auch die Ursache dafür, daß einige „Erneuerer“ des Marxismus den Begriff der Entfremdung aufgreifen, um ihr Bild von der angeblich grauen sozialistischen Wirklichkeit zu rechtfertigen. Sie behaupten, es seien zu den alten Formen neue Formen der Verhüllung der Wirklichkeit hinzugekommen, und im besonderen diene die Ideologie zur Täuschung der Menschen über die wahren Verhältnisse. Auch hier wird die Abkehr vom Marxismus offenkundig, denn für Marx war die Entfremdung weder eine abstrakte noch eine ewige in allen Gesellschaftsordnungen geltende, sondern eine historisch vergängliche Kategorie, die mit der kapitalistischen Produktionsweise verbunden ist und die Entfremdung der Arbeit im Kapitalismus zum Ausdruck bringt. Das Wesentliche ist, daß mit der Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse die materiellen Bedingungen für die Entfremdung beseitigt wurden und die kapitalistische Produktionsweise auch nicht wiederhergestellt werden kann.

Die tatsächliche Beseitigung der materiellen und politischen Grundlagen der Entfremdung bedeutet natürlich nicht, daß sich alle Werktätigen mit einem Schlage bewußt werden, daß der Arbeiter-und-Bauern-Staat ihr Staat ist und sie die Herren der Betriebe und Besitzer des Bodens sind. Dieser Prozeß der geistigen Überwindung der Entfremdung wird erst durch das Wachstum des sozialistischen Bewußtseins vollzogen.

Im übrigen muß man sagen, daß einige Genossen in ihren Theorien über die Entfremdung eine historische Kategorie in eine ewige und abstrakte Kategorie verwandeln und den prinzipiellen Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus verwischen. Durch das Wachstum des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die Zuspitzung der Widersprüche des modernen Imperialismus tritt auch die sogenannte „Entfremdung“ der Arbeit, das heißt letzten Endes der Hauptwiderspruch des Kapitalismus zwischen dem privaten Charakter der Aneignung und dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion, immer schärfer zutage. Der bürgerliche Staat offenbart sein reaktionäres Gesicht, die imperialistische Ideologie wird immer verlogener und heuchlerischer in dem Bestreben, das Bewußtsein der Massen zu vergiften. Insofern nimmt es nicht wunder, daß auch die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer genötigt sind, von der Entfremdung zu reden. Allerdings bemühen sie sich, mit Hilfe dieser Kategorie den Arbeitern einzureden, daß sie einem allgemein menschlichen unentrinnbaren Schicksal unterliegen, während es doch tatsächlich darauf ankommt, daß die westdeutsche Arbeiterklasse und alle anderen demokratischen Kräfte den Kampf gegen den Imperialismus und Militarismus führen.

Was die sozialistische Ideologie anbelangt, so hat sie sich als Begriff herausgebildet für die von Marx, Engels und Lenin geschaffene wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse, die uns zur bewußten und organisierten Verwirklichung unserer Aufgaben befähigt. Ohne diese wissenschaftliche Ideologie, ohne den ständigen Kampf um die Vertiefung des sozialistischen Bewußtseins der Werktätigen ist es nicht möglich, den Sozialismus zum Siege zu führen.

Über die Zusammenarbeit von Kommunisten und Pazifisten

von HORST BÜRGER

I.

An den Aktionen der Friedenskräfte haben auch in der Bundesrepublik Organisationen, Gruppierungen und Einzelpersonen mit pazifistischen Auffassungen einen starken Anteil. Daher ergibt sich mit Recht die Frage: Was verbindet uns Kommunisten mit pazifistischen Friedensfreunden und auf welcher Grundlage vollzieht sich unsere Zusammenarbeit?

Wir Kommunisten lassen uns in unserer Haltung gegenüber pazifistischen Friedensfreunden entsprechend der Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1960 davon leiten, daß es heute für alle demokratischen und friedliebenden Kräfte keine dringendere Aufgabe gibt als den Schutz der Menschheit vor den Gefahren einer thermonuklearen Katastrophe.

Wir wissen: Diese große Aufgabe kann nicht von uns Kommunisten allein gelöst werden. Dazu ist vielmehr eine umfassende Friedensbewegung, der gemeinsame Kampf aller Friedensanhänger unabhängig von ihren weltanschaulichen, politischen und sozialen Auffassungen und Stellungen notwendig.

Genosse Max Reimann erklärte auf dem Parteitag der KPD:

„Wir betonen ausdrücklich, daß wir für dieses Zusammenwirken mit Menschen und Gruppen anderer politischer und weltanschaulicher Überzeugungen keinerlei Vorbedingungen stellen.“¹⁾

Pazifisten und Kommunisten verbindet der gemeinsame Kampf für die allgemeine, vollständige und kontrollierte Abrüstung, für eine Welt ohne Waffen und Kriege. Wir kämpfen gemeinsam, obwohl wir weltanschauliche Meinungsverschiedenheiten haben, gegen die atomare Aufrüstung Westdeutschlands, für die Beendigung des kalten Krieges und des Wettrüstens, für einen Nichtangriffspakt und friedliche Koexistenz, einen Rüstungsstopp und Entspannungsmaßnahmen zwischen beiden deutschen Staaten.

Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, dafür zu sorgen, daß von deutschem Boden kein neuer Krieg ausgeht. Nach dem Scheitern der Adenauer-Politik haben Pazifisten und Kommunisten jetzt das gemeinsame Interesse, daß der verhängnisvolle Kurs der Atomrüstung und des Abbaus demokratischer Rechte beendet und eine Kursänderung in der westdeutschen Politik zugunsten der Entspannung und Abrüstung eingeleitet wird.

Gemeinsam treten Pazifisten und Kommunisten dafür ein, daß die Forderung des 6. DGB-Kongresses, „Gewalt als Mittel der Politik hat in der Welt nichts mehr zu suchen“, auch zum Regierungsprinzip einer westdeutschen Politik wird.

Wir kämpfen für die Erhaltung der demokratischen Grundrechte, gegen Notstandsdictatur und Ausschaltung der Verfassung. Gemeinsam demonstrieren wir daher auch unter der Losung: „Unser Nein zur Bombe ist unser Ja zur Demokratie!“. Gemeinsam führen wir den Kampf gegen die Bonner Politik des „sich zu Tode Rüsten“ — wie es der Publizist Haffner sagte — die heute schon das Volkseinkommen verschlingt und zu Preissteigerungen, Mietwucher, Inflation und verstärkter sozialer Unsicherheit führt.

Die täglichen Ereignisse beweisen, daß Kommunisten und Pazifisten gemeinsame Friedensinteressen haben. Die Gemeinsamkeiten unseres Kampfes für den Frieden sind geschichtlich entstanden und haben bedeutende Traditionen, vor allem im Kampf gegen Faschismus und zur Verhinderung der beiden imperialistischen Weltkriege.

Bereits vor und nach dem ersten Weltkrieg haben pazifistische Organisationen wie z. B. die „Deutsche Friedensgesellschaft“ gegen den Militarismus gekämpft und eine Abrüstungspolitik gefordert, wenn sie auch noch voller Illusionen waren über die Politik der Regierungen der kapitalistischen Länder. In ihrer

¹⁾ „Wissen und Tat“, Heft 7/8 — 1963, S. 40

praktischen Tätigkeit sind sie schon damals für eine Rüstungsbeschränkung, gegen die schwarze Reichswehr, gegen die ständige Steigerung des Militärbudgets und für die Völkerfreundschaft eingetreten. Pazifistische Gruppierungen haben Versammlungen unter dem Motto durchgeführt „Stahlhelm und Hakenkreuz sind Deutschlands Untergang“, und zum Teil das Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau unterstützt, das von der KPD ausgegangen war. Solche pazifistischen Persönlichkeiten wie Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky u. a., die von den Nazis verfolgt wurden, haben Bedeutendes für den Frieden geleistet.

Während die militaristischen Scharfmacher in Westdeutschland erklären, für das Andenken an Carl von Ossietzky könne in Westdeutschland kein Platz sein, sagen unsere pazifistischen Friedensfreunde mit vollem Recht, daß das Vermächtnis Carl von Ossietzky nach wie vor Richtschnur ihres Handelns ist. Die DDR, die erste deutsche Arbeiter-und-Bauern-Macht, hat durch ihre konsequente Friedenspolitik auch das Vermächtnis von Ossietzky, der Geschwister Scholl, Anne Franks und aller anderen nichtkommunistischen Antifaschisten und Friedenskämpfer in Ehren erfüllt.

Auf die Frage „Was verbindet uns mit den Pazifisten?“ antworten wir weiter: Es verbindet uns in erster Linie unser gemeinsamer Kampf für Frieden und Abrüstung. Gemeinsam haben wir mit Hilfe der DDR erreicht, daß es den aggressiven militaristischen Kräften nicht gelang, einen Krieg auszulösen, und daß sich jetzt in zunehmendem Maße die Menschen von der bankrotten Politik der Ära Adenauer abwenden und für eine demokratische Alternative eintreten.

Nach dem Erfolg des Moskauer Teststopp-Abkommens treten wir jetzt gemeinsam für weitere Schritte der Entspannung ein. Gemeinsam kämpfen wir für einen eigenen westdeutschen Abrüstungsbeitrag, gegen die multilaterale Atomstreitmacht, für einen Gewaltverzicht zwischen beiden deutschen Staaten.

II.

Der Pazifismus ist entstanden als eine spontane Reaktion gegen die Schrecken des Krieges, gegen Militarismus, imperialistische Willkür und Menschenfeindlichkeit. Nach zwei grausamen Weltkriegen ist es daher auch nicht verwunderlich, wenn heute in Westdeutschland in allen Schichten der Bevölkerung, in den Friedensverbänden, den Gewerkschaften, unter der Jugend, in der sozialdemokratischen Bewegung in starkem Maße pazifistische Auffassungen vorhanden sind.

Wie auch immer pazifistische Auffassungen motiviert sein mögen, so ist ihnen gemeinsam die Unklarheit über die gesellschaftlichen Ursachen, die zu Kriegen führen können, über den Charakter von Kriegen sowie das Nichterkennen der Hauptkräfte, die heute in der Lage sind, Kriege zu verhindern.

Ideologische Meinungsverschiedenheiten hindern uns jedoch nicht, gemeinsam mit Pazifisten oder mit Menschen, die pazifistische Auffassungen vertreten, für den Frieden zu kämpfen.

Die verschiedenen Kräfte und Gruppierungen, die pazifistische Auffassungen vertreten, sind im Kampf der Arbeiterklasse gegen Militarismus und Imperialismus echte Verbündete.

Es wäre zweifellos eine unvollständige Darstellung, würde man die pazifistischen Auffassungen auf den allgemeinen Friedenswunsch, die Ablehnung der Waffen und Armeen beschränken. Die besten und fortschrittlichsten Humanisten und bürgerlichen Demokraten waren und sind auch heute bestrebt, die Ursachen für die Entstehung von Kriegen zu ergründen. Es hat auch nicht an Ideen und Plänen für die Herbeiführung des „ewigen Friedens“, für die Veränderung der Verhältnisse, die Kriege entstehen lassen, in Vergangenheit und Gegenwart gefehlt. Die IdK erklärt in ihrer Satzung zum Beispiel, daß sie es sich zu ihrer Aufgabe macht, „eine auf sozialer Gerechtigkeit beruhende Gesellschaftsordnung herbeiführen zu helfen“. Sie tritt weiterhin dafür ein, „alle Kriegsursachen zu beseitigen“.

Immer mehr Menschen überzeugen sich angesichts des Aufbaus des Kommunismus in der Sowjetunion und des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der DDR davon, daß eine wahrhaft freie, gerechte und soziale Gesellschaftsordnung nur der Sozialismus verkörpert. Durch ihre Friedenspolitik haben die Sowjetunion und die sozialistischen Länder Millionen von Nicht-Kommunisten in der ganzen Welt davon überzeugt, daß Sozialismus und Frieden untrennbar zusammengehören. Daß Frieden und Sozialismus untrennbar zusammengehören, liegt in der Natur der sozialistischen Gesellschaftsordnung begründet, in der es keine Kräfte mehr gibt, die an der Auslösung von Kriegen interessiert sein könnten.

Unsere pazifistischen Friedensfreunde zweifeln jedoch noch daran, daß die Gesellschaftsordnung der Gerechtigkeit, die die Möglichkeit für den Ausbruch eines Krieges für immer beseitigt, der Sozialismus ist. So sagt die IdK in einer Grundsatzklärung: „Der wahre Frieden hat seine Heimstätte weder im Osten noch im Westen. Sie muß erst geschaffen werden.“

Die Friedenspolitik der sozialistischen Länder, der Kampf der Arbeiterklasse und ihrer marxistischen Partei für Entspannung, Koexistenz und Abrüstung hat längst bewiesen, daß die tiefe Einheit von Sozialismus und Frieden nicht nur ein theoretischer Lehrsatz, sondern anschauliche Wirklichkeit ist.

Die Friedenspolitik des Sozialismus ergibt sich, wie Genosse Chruschtschow auf dem „Weltkongreß für Frieden und Abrüstung“ in Moskau erklärte, unmittelbar aus dem sozialen Wesen der sozialistischen Gesellschaft und ist ihr organisch eigen: „Unser Wirtschafts- und Sozialsystem ist kein Nährboden für Militarismus, Eroberungspolitik und des Rüstungsbusiness. Es gibt bei uns keine Klassen, Gruppen oder Personen, die auf fremde Gebiete, Absatzmärkte der Anlagensphären hüstern wären, keine Personen, die sich an staatlichen Rüstungsaufträgen bereichern könnten.“

III.

Unter dem Einfluß antikommunistischer Hetze meinen einzelne Führungskräfte der pazifistischen Bewegung, daß für die Kommunisten der Kampf um Frieden und Abrüstung eine taktische Frage sei. Die kommunistischen und Arbeiterparteien haben die Losung des Kampfes für den Frieden nicht erst heute, in Anbetracht der Existenz von Atom- und Wasserstoffbomben, zu ihrer Hauptlosung gemacht. Die Kommunisten haben den Kampf um den Frieden bereits vor und während des ersten und zweiten Weltkrieges geführt. Die Geschichte des Kampfes für Frieden und Abrüstung bestätigt anschaulich, daß der Frieden, die Politik der friedlichen Koexistenz, die Generallinie für die Außenpolitik der sozialistischen Staaten ist. Der Sozialismus kann und will seine Überlegenheit im friedlichen Wettbewerb durchsetzen.

Wir stimmen mit dem, von uns Kommunisten geachteten Wissenschaftler und Nobelpreisträger Max Born überein, der in der Zeitschrift „Universitas“ entschieden die Auffassung ablehnte, daß sich politische, wirtschaftliche und ideologische Streitfragen zwischen den Staaten nur durch Gewalt und Krieg entscheiden ließen.

Prof Dr Born vertritt allerdings auch die Meinung, daß sich bis jetzt noch keine überzeugende Methode ergeben habe, politische Ziele ohne die Drohung mit Gewalt, mit Krieg als letztem Hilfsmittel zu erreichen. Die Politik der friedlichen Koexistenz bedeutet aber doch ihrer einfachsten Lesart nach, den Verzicht kriegerischer Maßnahmen als Mittel zur Lösung strittiger internationalen Fragen.

Die überzeugende Methode zur Regelung politischer Fragen ohne die Drohung und Anwendung von Gewalt, nach der Prof. Born und viele pazifistische Friedensanhänger suchen, ist eben die Politik der friedlichen Koexistenz. Sie ist die feste Grundlage der konsequenten Friedenspolitik der Sowjetunion, der DDR und der anderen sozialistischen Länder.

Der Abschluß des Moskauer Testabkommens und die Rettung des Friedens im Zusammenhang mit den Ereignissen im karibischen Raum sind bedeutende Erfolge der Politik der friedlichen Koexistenz.

Nach der Überwindung der Kubakrise richtete Dr. Michaltschew, Generalsekretär der UdK, einen Brief an den Genossen Chruschtschow, in dem es u. a. heißt: „Ihre kluge Entscheidung vom 28. 10. 1962 war keine Kapitulation, keine Niederlage, sondern ein großer Sieg — ein Sieg der Weisheit, des gesunden Menschenverstandes und der politischen Vernunft, die vor die Hunde zu gehen drohte. Sie war eine hervorragende staatsmännische und humanitäre Leistung, die in die Geschichte zur Belehrung und Nachahmung eingehen wird.“

Warum war dieser Sieg der Vernunft möglich? Warum konnte der Frieden gerettet werden? Doch vor allem deshalb, weil die Sowjetunion und die sozialistischen Länder in jeder Hinsicht auch militärisch stark genug sind, um die Politik der Aggression, der Einschüchterung und Erpressung zurückzuweisen. Dr. Michaltschew erhob jedoch in seinem Brief die Forderung: „Ohne dabei auch auf diesem Bereich eine Gegenleistung zu erwarten, fangen Sie mit der Abrüstung in der Sowjetunion radikal an!“ Herr Dr. Michaltschew vertritt weiter den Standpunkt, daß die Sowjetunion durch eine radikale einseitige Abrüstung die Länder des Westens zwingen könnte, diesem Beispiel zu folgen. Das ist doch eine völlig falsche Vorstellung von der Sicherung des Friedens und der Erreichung des Zieles einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung in der Welt. Die aggressiven imperialistischen Kreise in den USA und in Westdeutschland lassen sich von ihrem Kriegskurs nicht durch moralische Appelle abbringen, sondern nur durch den geschlossenen Friedenskampf der Völker. Hätten etwa die führenden Kräfte der USA dem Kompromiß um Kuba zugestimmt, wenn nicht die Sowjetunion zugleich auch erklärt hätte, daß jede Aggression gegen Kuba zu einem dritten Weltkrieg führen müßte und die USA selbst zu einem Kriegsschauplatz würden?

Wir Kommunisten sind entschiedene Gegner von Kriegen zwischen den Staaten. Kriege können nur die Imperialisten zur Unterdrückung, Annexion und Ausplünderung fremder Gebiete und anderer Völker gebrauchen. Sie zwingen auch den kolonialen Völkern nationale Befreiungskriege auf. Befreiungskriege sind bewaffneter Kampf für Freiheit, Unabhängigkeit und das Recht auf Selbstbestimmung; sie haben ihre Ursache im Kolonialismus, in der Weigerung der Imperialisten, ihre koloniale Herrschaft aufzugeben und den unterdrückten Völkern das Recht auf staatliche Unabhängigkeit zu gewähren. Die Kommunisten unterstützen solche Befreiungskriege voll und ganz, weil sie den abhängigen und unterdrückten Völkern aufgezwungen werden, weil sie dem gerechten Ziel dieser Völker dienen, Freiheit und Unabhängigkeit zu erringen.

IV.

Bei jeder Forderung einer echten Friedenspolitik, für deren Verwirklichung die Friedensanhänger in Westdeutschland kämpfen, können sie sich auf die DDR stützen.

Nehmen wir die Forderung der Pazifisten nach Verbot der Lagerung und Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden. Die Regierung der DDR hat der Bundesregierung Vorschläge unterbreitet, in denen ein gemeinsames Abkommen über den Verzicht beider deutscher Staaten auf Atomwaffen vorgeschlagen wird. Die Bundesregierung hat bisher alle Vorschläge abgelehnt; aber nicht nur das, sie hat gleichzeitig die größten Anstrengungen unternommen, eigene Atomwaffen in ihre Hände zu bekommen. Genau so verhält es sich mit dem Vorschlag, die Truppen beider deutscher Staaten zu vermindern. Bonn hat auch diesen Vorschlag mit Nein beantwortet.

Ein weiteres Beispiel: Die Regierung der DDR hat wiederholt erklärt, daß sie die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, daß sie einem Nichtangriffspakt zwischen der NATO und den Staaten des Warschauer Vertrages zustimmen wird; die Bonner Regierung dagegen hat bisher solche Vorschläge kategorisch abgelehnt. Die Anhänger des Friedens in der Bundes-

republik brauchen also nicht in der DDR diese oder jene Maßnahmen der Abrüstung und Entspannung durchzusetzen; denn dort sind ihre Forderungen bereits offizielle Regierungspolitik.

Die Pazifisten wenden sich gegen die allgemeine Wehrpflicht in der Bundesrepublik und in der DDR. Sie begründen das damit, daß sie jeglichen Kriegsdienst ablehnen. Wir Kommunisten sind sehr dafür, daß solche Verhältnisse geschaffen werden, unter denen die allgemeine Wehrpflicht in ganz Deutschland beseitigt werden kann. Aber es ist doch eine Tatsache, daß die Bundesregierung die allgemeine Wehrpflicht einführte, obwohl von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vorgeschlagen wurde, darauf zu verzichten. Die DDR verzichtete selbst dann noch längere Zeit auf die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, nachdem diese in der Bundesrepublik bereits bestand und machte auch dann noch immer neue Angebote an die Regierung in Bonn, die allgemeine Wehrpflicht wieder rückgängig zu machen. Diesen Vorschlag hat die Deutsche Demokratische Republik bis zum heutigen Tage aufrecht erhalten. Auch hier wird deutlich, wer für die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland eintritt, der muß diese Forderung in der Bundesrepublik durchsetzen. Damit wird auch das Recht auf Wehrdienstverweigerung am besten durchgesetzt. Solange jedoch die Bonner Militaristen verstärkt aufrüsten, ist die DDR im Interesse der Sicherung des Friedens dazu verpflichtet, auch mit militärischen Mitteln den Frieden und die Sicherheit ihres Staates zu schützen. Alle geschichtlichen Erfahrungen besagen, daß der Frieden gegen den Imperialismus erhalten und verteidigt wird, nicht nur durch Worte, sondern auch durch die militärische Stärke der friedliebenden Staaten.

Die konsequente Friedenspolitik der DDR beweist, daß es in Deutschland bisher noch keine Regierung gegeben hat, die die Forderung der Friedensanhänger zur Sicherung des Friedens so konsequent unterstützt wie die Regierung der DDR. Alle Maßnahmen zur Sicherung des Friedens in der DDR sind eine Hilfe für den Kampf aller Friedenskräfte in der Bundesrepublik, auch wenn das viele — vor allem pazifistische Kräfte — gegenwärtig noch nicht einsehen wollen. Es ist die Aufgabe der Kommunisten, ihnen dabei behilflich zu sein.

V.

Den herrschenden militaristischen Kreisen in Westdeutschland bereitet es ernste Sorgen, daß die Friedensbewegung auch bei uns in wachsendem Maße an Wirksamkeit gewinnt, und daß sich trotz unterschiedlicher Auffassungen und Weltanschauungen im stärkeren Maße ein Prozeß der Zusammenarbeit und der Durchführung gemeinsamer Aktionen entwickelt. Die Aktionen der Ostermarschbewegung und Atomwaffengegner, besonders auch die Tatsache, daß die Friedenskräfte in Westdeutschland die Bundesregierung zwingen, dem Moskauer Atomtestabkommen beizutreten, sind Ausdruck des Anwachsens der Friedenskräfte. Die militaristischen Scharfmacher versuchen, mit gesteigerter antikommunistischer Hetze dieser Entwicklung entgegenzuwirken, die Friedensbewegung zu schwächen und auch einen Keil zwischen Pazifisten und Kommunisten zu treiben.

Der Antikommunismus ist das Hauptmittel zur Minderung der Aktionsfähigkeit der Friedenskräfte und zur Aufsplitterung ihres gemeinsamen Kampfes. Der Antikommunismus dient dazu, elementare Wahrheiten und Forderungen der Friedensbewegung zu unterdrücken und die Friedensanhänger selbst zu diffamieren und einzuschüchtern. Alles, was der Atomrüstungspolitik der Bonner Regierung entgegensteht, wird als kommunistisch bezeichnet, um es dann zu verleumden und zu beschimpfen. Diese Erfahrung haben auch die Anhänger der Ostermarschbewegung gemacht.

Daraus ergibt sich, daß der Antikommunismus der Hauptfeind aller Friedensbestrebungen, auch der pazifistischen Idee und Zielsetzung ist. Als Hauptmittel zur ideologischen Kriegsvorbereitung steht es in direktem Gegensatz zum Pazifismus. Vom Antikommunismus führt ein direkter Weg zum Krieg. Das hat sich für alle sichtbar während der Nazizeit gezeigt.

Die Aktionen der pazifistischen Friedenskräfte werden in dem Maße stärker, wie sie sich selbst frei machen von antikommunistischen Vorurteilen. Es kann niemals im Interesse wahrer Pazifisten sein, dem Antikommunismus in ihrer Bewegung Spielraum zu geben. Je schneller sich die pazifistischen Kräfte vom Antikommunismus befreien, um so wirksamer können sie für die Verwirklichung ihrer eigenen Ziele eintreten.

Im Interesse des gemeinsamen Kampfes aller Friedenskräfte liegt es daher auch, wenn Kommunisten und Pazifisten gemeinsam gegen Versuche kämpfen, in die Friedensbewegung den Geist des kalten Krieges zu tragen.

Wir sind bereit und entschlossen, gemeinsam mit allen Friedensanhängern für den Frieden zu kämpfen und fragen nicht danach, von welchen Motiven sich die Menschen und Organisationen leiten lassen. Wir unterstützen jede Friedensinitiative, unabhängig von welchen Kräften sie ausgeht. Wir Kommunisten beanspruchen in der Friedensbewegung keine Sonderstellung. Unser Grundsatz ist, nicht das Trennende, sondern die gemeinsamen Interessen in den Vordergrund zu stellen. Wir schlagen vor, daß alle anderen Kräfte in der Friedensbewegung nach diesem Standpunkt handeln.

VI.

Mit der Orientierung unseres Parteitages im Kampf zur Rettung des Friedens, zum Schutz der demokratischen Rechte und zu sozialer Sicherheit haben alle Genossen die Aufgabe, kameradschaftliche Beziehungen zu pazifistischen Friedensfreunden herzustellen und die bestehende Zusammenarbeit zu verbessern. Es ist auch unsere Aufgabe, dahin zu wirken, daß unser gemeinsamer Friedenskampf wirksamere Unterstützung aus der Arbeiterschaft und den Gewerkschaften erhält, die die Hauptverantwortung im Kampf um die Sicherung des Friedens tragen. Da die Beschlüsse der Gewerkschaften und die Forderungen in den Aktionen der Pazifisten nach einem Beitrag zur Entspannung und Abrüstung der Bundesregierung, nach einer Politik des Gewaltverzichts zwischen beiden deutschen Staaten und der Verhinderung der atomaren Aufrüstung völlig übereinstimmen ist es jetzt erforderlich gemeinsame Aktionen auf dieser Grundlage durchzuführen

Indem wir eine enge und freundschaftliche Zusammenarbeit mit Pazifisten anstreben, begeben wir uns als Marxisten-Leninisten natürlich nicht auf die ideologische Position des Pazifismus sowie wir auch nicht von pazifistischen Friedensfreunden als Vorbedingung für eine Zusammenarbeit die Anerkennung unserer marxistischen Weltanschauung verlangen.

In der Zusammenarbeit von Kommunisten und Pazifisten ist es auch notwendig, daß wir falsche Auffassungen in unseren eigenen Reihen überwinden, man könne mit Pazifisten nur solche Fragen diskutieren, in denen sie mit uns übereinstimmen. Solche Auffassungen laufen in ihrer Konsequenz darauf hinaus, daß die Arbeiterklasse und unsere Partei das Niveau des allgemeinen Friedenskampfes nicht überschreiten kann, daß wir jede Selbständigkeit der Arbeiterbewegung im Friedenskampf aufgeben und darauf verzichten, die sozialistischen Errungenschaften und die Friedenspolitik der DDR zu propagieren

Die Friedensbewegung ist in der gegenwärtigen Etappe der Menschheitsgeschichte aufs engste verbunden mit dem Wachstum der Kraft des Sozialismus, mit dem Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Ausmaß, Stärke und Erfolg der Friedensbewegung wären nicht denkbar ohne die großen und tiefgreifenden Veränderungen im Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Imperialismus.

Die Darlegung unserer sozialistischen Perspektive und der Kampf um die Gewinnung auch der Pazifisten für dieses Ziel führt nicht zur Einigung der Friedensbewegung, sondern im Gegenteil dazu, daß auch die pazifistischen Kräfte erkennen, daß Sozialismus und Frieden untrennbar zusammengehören, daß Sozialismus ein Leben ohne Kriegsfurcht, die Beseitigung aller Ursachen des Krieges bedeutet.

Was gehen uns die Bundeswehrsoldaten an?

von GERHARD SCHLOSSER

Drei Monate nach den Prozessen von Nagold, in denen — nachdem die Öffentlichkeit monatelang gedrückt hatte — wenigstens ein Teil der Schikanen, der Entwürdigung der Bundeswehrsoldaten deutlich wurde, stellte sich Kriegsminister von Hassel an das Rednerpult des Bundestages und erklärte, daß die Methoden von Nagold und ähnliche Methoden nicht symptomatisch für die Bundeswehr seien. Und er fügte hinzu, „es gibt keine Armee in der Welt, in der so wenig an Mißhandlungen Untergebener vorkommt, wie in der Bundeswehr“.

Man fühlt sich unwillkürlich an die SS-Typen erinnert, die im Auschwitz-Prozeß in Frankfurt am Main treuherzig erklären, daß es eigentlich nirgendwo so viel Fürsorge für den Menschen gegeben habe, wie in den KZs der Nazis.¹⁾ Drill, Schikane, Mißachtung der Menschenwürde in dieser oder jener Form nicht bezeichnend für die Bundeswehr? Warum äußert sich von Hassel nicht zu der Flut von Beschwerden, die — wie auch „Der Spiegel“ berichtet — nach den Nagold-Prozessen von den Soldaten geschrieben wurden und in denen immer wieder steht, daß es bei ihnen ähnlich wie in Nagold war? Von Hassel schwieg zu den zahlreichen Berichten über Schikanen (wie man weiß, immer nur ein Bruchteil der tatsächlichen Vorkommnisse), die von den Tageszeitungen, von den Illustrierten veröffentlicht worden sind. Von Hassel schweigt auch dazu, daß auf seine Intervention hin das Gericht in Schwabach bei Nürnberg sich weigert, ein Verfahren gegen die Ausbilder des Gefreiten Hans Günther Meier aus Hammbüren in Niedersachsen zu eröffnen, der unter ähnlichen Umständen ums Leben gekommen ist, wie der Soldat Trimborn in Nagold. Von Hassel zieht es vor, die Wiedereinführung einer Militärgerichtsbarkeit zu fordern, damit die Schweinereien in der Bundeswehr nicht einmal mehr teilweise ans Tageslicht kommen, damit man die Soldaten, die schikaniert worden sind und sich beschwerten, bestrafen und die Platzeks freisprechen kann.

Als der Soldat Trimborn zu Tode gehetzt wurde, als die Öffentlichkeit protestierte, da war ja auch die erste Reaktion des Kriegsministers von Hassel, noch mehr Härte in der Ausbildung zu fordern. „Es ist nicht das Ziel der Bundeswehr, Soldaten für den Friedensfall zu erziehen, sondern ihnen das Rüstzeug für den Ernstfall mitzugeben“, fügte er hinzu.

Hier liegt der Hund begraben! Die Soldatenschinderei ist unmittelbar verbunden mit den Zielen, für die nach dem Willen der reaktionärsten Kräfte der Bundesrepublik die Bundeswehr eingesetzt werden soll. Sie ist System. Sie wächst auf dem Boden solcher Forderungen, wie sie von Hassel erhoben hat:

„Unsere Gebietsforderungen gehen bis weit hinter die Oder-Neiße-Linie. Wir wollen die alten deutschen Herrschaftsgebiete wiederhaben. Das Jahr 2000 darf nicht zum 83. Jahrestag der Oktoberrevolution in der Welt werden.“²⁾

Sie wächst auf dem Boden einer solchen Aufgabenstellung, wie sie von Bundespräsident Lübke vor der Führungsakademie der Bundeswehr erhoben wurde:

„Der Soldat der Bundeswehr kann in die Lage kommen, einmal gegen seine eigenen Landsleute kämpfen zu müssen.“

In der Bundeswehr wird zum Kadavergehorsam erzogen; denn dem Soldaten, der auf die Arbeiter und Bauern in der Deutschen Demokratischen Republik schießen soll, der gegen seine eigenen Arbeitskollegen in der Bundesrepublik

¹⁾ Siehe auch „Gewerkschaftliche Monatshefte“ Nr. 3/63, „Auschwitz und Nagold“ von Manfred Kuhn

²⁾ „Deutsche Volkszeitung“ vom 30. 6. 1961.

eingesetzt werden soll, der Aggressionshandlungen mitmachen soll, die zu einem entsetzlichen Atomkrieg führen müssen, dem muß jedes Gefühl für Recht und Unrecht ausgetrieben werden. Es ist so, wie es Karl Liebknecht auf einer Versammlung im April 1907 in Leipzig schon sagte:

„Die Disziplin wird durch alles beherrschende Furcht aufs äußerste gesteigert. Auch die Militärmißhandlungen gehören zu diesen Mitteln. Die Mißhandlungen liegen also im System begründet.“

Ist Militär gleich Militär?

Die Bundeswehr ist eine Armee in den Händen der in Westdeutschland herrschenden aggressiven deutschen Imperialisten und Militaristen, die entschlossen sind, zur Verwirklichung ihrer Pläne das Risiko eines atomaren Krieges einzugehen, deren Kurs nicht Sicherheit, sondern Unsicherheit und Untergangspolitik ist. Die Bundeswehr dient der Vorbereitung eines Bruderkrieges, der zum atomaren Weltkrieg würde, sie dient der Unterdrückung der demokratischen Kräfte im eigenen Land. Aus diesen Gründen sind wir Kommunisten entschiedene Gegner der Bundeswehr.

Und zur Nationalen Volksarmee der DDR, wie steht Ihr zu ihr? — wird uns oft vorgehalten. In der Deutschen Demokratischen Republik sind die Kräfte, die zwei Weltkriege angezettelt haben, die Herren der Konzerne, des Großgrundbesitzes und die Militaristen, entmacht. Die Macht ist in den Händen der Arbeiter und Bauern, der Menschen, die in allen Kriegen am bittersten gelitten haben, die von ihrem ganzen Leben her brennend am Frieden interessiert sind. Ihr Instrument ist die Nationale Volksarmee, an deren Spitze Arbeiter, bewährte Antifaschisten stehen. Diese Armee schützt den Aufbau des Sozialismus. Sie schützt den ersten Staat der Arbeiter und Bauern auf deutschem Boden, der eine konsequente Friedenspolitik betreibt. Die Nationale Volksarmee ist eine Armee des Friedens!

Soll die Tatsache, daß wir Kommunisten unter den Bedingungen, wie sie heute in der Bundesrepublik bestehen, entschiedene Gegner der Bundeswehr sind, heißen, daß wir unter allen Umständen, ein für allemal, gegen eine Armee in der Bundesrepublik sind? Nein, durchaus nicht. Die KPD steht auf dem Standpunkt, daß eine Bundesrepublik, die auf Atomwaffen und jegliche aggressive Pläne verzichtet, deren Politik auf Verständigung und friedliche Koexistenz gerichtet ist, im Rahmen ihrer echten Sicherheitsbedürfnisse und zum Schutz ihrer Grenzen eine Verteidigungsarmee haben soll. Im Kampf der Arbeiterklasse und aller Friedenskräfte gegen die Träger der imperialistischen und militaristischen Politik müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Stärke, Standortverteilung und Bewaffnung einer solchen Armee sollten mit denen der Nationalen Volksarmee vertraglich abgestimmt sein. Eine solche Verteidigungsarmee dürfte keinem fremden Kommando unterstellt sein. Die Armee muß frei sein von Nazi-Generalen, Kriegsverbrechern und Revanchisten. Einen Platz in dieser Armee könnten jedoch solche Offiziere der jetzigen Bundeswehr haben, die mit dem Kurs, der von Strauß eingeleitet und von Hassel weitergeführt wird, nicht einverstanden sind, die gegen die Ausrüstung mit Atomwaffen, für eine echte Verteidigungskonzeption eintreten. In einer solchen Armee der Bundesrepublik müßte der Ungeist des Militarismus und des Revanchismus in der Erziehung der Soldaten ausgeschaltet sein. Die Armee muß einer vom Volkswillen geprägten wirksamen Kontrolle des Parlaments und der demokratischen Organisationen, vor allem der Gewerkschaften, unterstehen.

Die KPD betrachtet jedoch auch eine solche Armee als eine zeitweilige Einrichtung, die nur bis zur Durchsetzung einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung oder bis zu durchgreifenden Schritten in dieser Richtung Bestand haben sollte. Die KPD ist fest davon überzeugt — und es ist ihr Ziel, darauf hinzuwirken — daß durch den Kampf aller friedliebenden Kräfte unseres Erd-

balls eine Welt geschaffen wird, aus der der Krieg endgültig verbannt ist, in der es keine Armeen, Generalstäbe und Vernichtungswaffen mehr gibt, sondern allein noch die friedliche Arbeit und die Freundschaft zwischen den Völkern.

Gegen militaristischen Ungeist und Völkerhetze

Es gibt nicht wenige Mitglieder unserer Partei, die aus der Tatsache, daß wir unter den Bedingungen, wie sie heute in der Bundesrepublik bestehen, entschiedene Gegner der Bundeswehr sind, die Schlußfolgerungen ziehen, daß man die Bundeswehrsoldaten links liegen lassen sollte. Es gibt auch Genossen, die in dem einzelnen Bundeswehrsoldaten den Gegner sehen. Solch eine Haltung ist falsch. Wir müssen doch sehen, daß die zur Bundeswehr eingezogenen jungen Männer Arbeiter, Bauern und andere Werktätige sind, deren tatsächliche Interessen dem Militarismus entgegengesetzt sind. Aber wir dürfen auch nicht übersehen, daß die Bundeswehrführung systematisch bemüht ist, durch Drill und psychologische Beeinflussung die eigenen Gedanken und Erfahrungen der jungen Soldaten, ihre Kenntnisse aus Betrieb und Gewerkschaft wieder zu zerstören. Dazu wird eine Art Landsknechts-Kameradschaft ohne moralische Werte hochgespielt. Sie soll einen Korpsgeist züchten, um die Bundeswehr vom Volke zu isolieren. Das alles geht Hand in Hand mit antikommunistischer Verhetzung. Daß wir entschiedene Gegner der Bundeswehr sind, darf aber nicht bedeuten, den Revanchepolitikern und Militaristen die vielen hunderttausend Jugendlichen in der Armee einfach zu überlassen und tatenlos zuzusehen, wie sie antikommunistisch verhetzt und für einen schmutzigen Krieg reifgemacht werden. Wir dürfen nicht die Illusion haben, daß Revanche und antikommunistische Lügen bei den Bundeswehrsoldaten wie Regen nur an der Haut herunterfließen.

In der Bundeswehr hat man nicht umsonst die Ausführungen der Propagandamaschine Hitlers und Goebbels' ausgewertet und führende Leute aus diesem Apparat in die Arbeit übernommen. Eine Mutter berichtete im Fernsehen ganz erschrocken, daß ihr Sohn, nachdem er ein Jahr bei der Bundeswehr war und auf Urlaub kam, Soldatenlieder sang, die denen der Nazizeit nicht nachstanden. Ein junger Gewerkschafter aus Birkenfeld/Trier berichtete auf dem Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik, daß auf Weihnachtsfeiern der Bundeswehr folgendes Gedicht, das von der „Inneren Führung“ vorgeschlagen worden war, vorgetragen wurde:

„Es darf nicht immer Friede sein.
Wer's recht begriff, der gibt sich drein.
Hat jedes seine Zeit!
Nur Deinen Frieden, lieber Herr,
begehren wir je mehr und mehr,
je mehr die Welt voll Streit.“

Andere Gewerkschafter berichten besorgt darüber, daß in der Bundeswehr antigewerkschaftliche Stimmungen unter die jungen Soldaten getragen werden. Manche junge Arbeiter, die, bevor sie zur Bundeswehr kamen, eifrige Gewerkschafter waren, sind nach dem Wehrdienst aus der Gewerkschaft ausgetreten oder nehmen nicht mehr aktiv am Gewerkschaftsleben teil.

Wer soll den Bundeswehrsoldaten den richtigen Weg weisen? Wer soll ihre Fragen beantworten und dem Revanchismus entgegenwirken? Solche Leute, wie Wehner, Erler und Jaksch in der SPD richten ihre Bemühungen darauf, die Bevölkerung der Bundesrepublik, vor allem die Arbeiter, der Politik der deutschen Imperialisten gefügig zu machen. Sie machen den Revanchismus mit. Es ist bezeichnend, daß Wenzel Jaksch im Dezember 1963 auf der Bundeskonferenz der „Deutschen Jugend des Ostens“, der größten revanchistischen Organisation unter der westdeutschen Jugend, die Festrede hielt. Er erklärte dabei, daß es ohne eine Wehrgesinnung der deutschen Jugend keine Hoffnung auf eine Einheit und Freiheit unseres Volkes gebe.^{*)}

^{*)} Junges Wort — JW-Dienst, 25. 1. 1964

Es ist — wie es auch unsere Programmatische Erklärung zum Ausdruck bringt — die Aufgabe der Kommunisten, gemeinsam mit ihren Kollegen in der Gewerkschaft, gemeinsam mit sozialdemokratischen Genossen und allen an der Erhaltung des Friedens interessierten Kräften, dem Revanchismus und der Kriegspropaganda in der Bundeswehr entgegenzuwirken. Es ist die gemeinsame Aufgabe, die jungen Soldaten davon zu überzeugen, daß sie sich niemals zum Krieg gegen andere Völker, zum Bruderkrieg gegen die Werktätigen der DDR, zur Unterdrückung der Arbeiter und Bauern in der Bundesrepublik mißbrauchen lassen dürfen.

Deswegen ist es auch nicht richtig, wenn manchmal Genossen die Empfehlung gegeben wird, den Wehrdienst zu verweigern. Die jungen Kommunisten müssen — wie die KPD bereits auf ihrem Parteitag 1957 mit aller Deutlichkeit gesagt hat — dort sein, wo die Masse der Jugend ist. So hat es uns Liebknecht gelehrt, so hat es uns Lenin gelehrt. Lenin sagt in seinem Werk „Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus“:

„Man muß es verstehen, jedes Opfer zu bringen, die größten Hindernisse zu überwinden, um systematisch, hartnäckig, beharrlich, geduldig gerade in denjenigen — und seien es auch die reaktionärsten — Einrichtungen; Vereinen und Verbänden Propaganda und Agitation zu treiben, denen proletarische oder halbproletarische Massen angehören.“⁴⁾

Das trifft auch auf die reaktionäre Zwangseinrichtung der Bundeswehr zu.

In der Bundeswehr aufklärend wirken

Manchmal trifft man bei Genossen die Auffassung an, daß es keinen Zweck habe, in der Bundeswehr aufklärend zu wirken. Gegen diesen Wust von Revanchismus und antikommunistischen Lügen, der in der Bundeswehr verbreitet wird, käme man doch nicht an. Die Tatsachen beweisen das Gegenteil. Es gibt zahlreiche Beispiele, wo junge Gewerkschafter, die Soldat werden mußten, in der Bundeswehr auch im „staatsbürgerlichen Unterricht“ mutig und konsequent ihre gewerkschaftlichen Auffassungen vertreten und ihre Kameraden tief beeindruckt haben. Bei einer Pioniereinheit trug ein Leutnant im Unterricht vor, daß es die Aufgabe der Bundeswehr sei, für die Sicherheit der Bundesrepublik und ihrer Menschen zu sorgen, daß die Bundeswehr deshalb im Ernstfall in der Lage sein muß, auch die modernsten Waffen, Atomwaffen, zu verwenden. Ein Soldat erklärte in der sich anschließenden Aussprache, daß seiner Überzeugung nach die Bundesrepublik durch einen Krieg überhaupt nicht zu schützen sei. Ein Krieg auf deutschem Boden würde sofort ein Atomkrieg werden und die restlose Vernichtung der Heimat und alles Lebens bedeuten. Und eine atomare Bewaffnung in Friedenszeiten, auch wenn es in der Form der multilateralen atomaren Bewaffnung geschehe, könne nur ein zusätzliches Element der Unsicherheit sein. Die internationalen Spannungen würden durch solche Maßnahmen erhöht, und wo Atomraketen sind, auf solche Ziele würden auch Atomraketen gerichtet. Für die Bundesrepublik würde das im Falle eines Konflikts zur Katastrophe. Deswegen, so erklärte der junge Gewerkschafter, sei er auch der Meinung, daß der 6. DGB-Kongreß recht hatte, als er beschloß, die Bundesrepublik müsse einen eigenen Abrüstungsbeitrag leisten. Streitfragen müßten auf dem Wege friedlicher Verhandlungen gelöst werden, und es müßte alles getan werden, daß die Bundesrepublik auf jegliche Atomausrüstung verzichte. Er sei der Meinung, daß es der Sicherheit der Bundesrepublik und ihrer Bevölkerung viel mehr nützen würde, auf Verständigungsvorschläge, auf Abrüstungsvorschläge, auf die Vorschläge zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone einzugehen.

Es hat noch lange Diskussionen über diese Ausführungen des jungen Gewerkschafters gegeben. Auch noch nach dem Unterricht auf der Stube. Viele Kameraden schlossen sich seiner Meinung an, andere stellten ihm Fragen, wie

4) Siehe Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 45

er zu diesen oder jenen weiteren Argumenten stehe, die im Unterricht bereits vorgetragen worden waren.

Ist es nicht richtig, daß möglichst viele konsequente Anhänger des Friedens und der Verständigung mit den Bundeswehrsoldaten so diskutieren und allen revanchistischen Gedanken entgegenreten? Sie können und sollten sich dabei auf Artikel 26 des Grundgesetzes stützen, in dem es heißt:

„1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“

Über die Aufgaben der Gewerkschafter in der Bundeswehr

Ist es nicht richtig, wenn möglichst viele Gewerkschafter auf Grund der Beschlüsse der Gewerkschaften in der Bundeswehr ihre Ansichten darlegen? Mit Recht weist die Monatszeitschrift für gewerkschaftliche Jugendarbeit „Solidarität“ in ihrer Ausgabe vom April 1963 darauf hin, daß es die Aufgabe der Gewerkschafter in der Bundeswehr ist, „im Kameradenkreis ein positives Wort über Bedeutung und Aufgaben der Gewerkschaften auszusprechen, damit im Bereich der Bundeswehr nicht etwa ‚gewerkschaftsfeindliche Latrinenparolen‘ um sich greifen“. Alle jungen Gewerkschafter, vor allem die Kommunisten, sollten in der Bundeswehr die Arbeit für Frieden, Demokratie und die Rechte ihrer Kameraden fortsetzen, die sie als Mitglieder und Funktionäre der Gewerkschaftsjugend bereits jahrelang geleistet haben.

Das gilt auch für die berechtigten Forderungen, die die Bundeswehrsoldaten haben. Vor allem gilt das für die Verteidigung der Menschenwürde der Soldaten. Jede Schikane muß an die Öffentlichkeit gebracht, an den Bundestag, an die Presse herangetragen, den Gewerkschaften und den Arbeitskameraden im Betrieb bekanntgemacht werden, damit der Kampf gegen die Schikanen organisiert werden kann.

Viele Soldaten sagen mit Recht: „Es wird ein wahnsinniges Geld für die Bundeswehr hinausgeworfen. In jedem Jahr mehr. An uns Soldaten aber wird gespart.“ Die Soldaten verlangen die Erhöhung ihres Wehrsoldes, der jetzt nur 69 DM pro Monat beträgt. Andere fordern einen längeren Jahresurlaub, die berufliche Weiterbildung während des Wehrdienstes und eine bessere Unterstützung für die nächsten Angehörigen. Die jungen Kommunisten sollten die entschiedensten Verfechter dieser richtigen Forderungen sein, die auch wir im Jugendprogramm unserer Partei erheben, und gemeinsam mit den Kameraden dafür eintreten. Die jungen Kommunisten sollten auch gemeinsam mit ihren Kameraden bei der Bundeswehr dafür eintreten — wie es auch die gewerkschaftliche Broschüre „Rechte der Wehrpflichtigen“, Heft Nr. 10, Schriftenreihe für Jugendarbeit, empfiehlt —, daß der Vertrauensmann und sein Stellvertreter, der laut Soldatengesetz in jeder Kompanie gewählt werden soll, von den Soldaten wirklich aus dem Kreis derer, die konsequent für die Forderungen ihrer Kameraden eintreten, gewählt und nicht — wie es häufig der Fall ist — mehr oder weniger vom Kompaniechef ernannt werden.

In der Gewerkschaftsbroschüre „Rechte der Wehrpflichtigen“ wird darauf hingewiesen, daß laut Soldatengesetz die Bundeswehrsoldaten das uneingeschränkte Recht der Informationsfreiheit haben. Sie haben zum Beispiel das Recht, nach ihrem Belieben Zeitungen und Zeitschriften zu beziehen. Es ist bekannt, wie sehr Dienststellen der Bundeswehr bemüht sind, zu verhindern, daß die Soldaten von diesem Recht Gebrauch machen. Selbst gewerkschaftliche Materialien werden häufig, wie das auf der Jugendkonferenz der IG Chemie bekannt wurde, den Soldaten vorenthalten. Es ist Sache der jungen Kommunisten in der Bundeswehr, gemeinsam mit ihren Kameraden den Kampf für die Durchsetzung dieses Grundrechts zu organisieren. Wir stehen auf dem Boden des Grundgesetzes. Wir verteidigen es gegen die Militaristen, die keine

Gelegenheit auslassen, es zu verletzen, es zu zerstören, sich „außerhalb der Legalität“ zu bewegen.

Die jungen Soldaten müssen spüren, daß ihre Arbeitskollegen aus dem Betrieb sich ständig um sie kümmern. Diese Betreuung sollte schon vor der Einberufung eingeleitet werden. Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute eines Großbetriebes haben kürzlich beraten, wie das am besten geschehen könnte. Sie haben beschlossen, jedem jungen Kollegen, der zur Bundeswehr eingezogen wird, die Gewerkschaftsbroschüre „Rechte der Wehrpflichtigen“ zu überreichen und mit ihm über die Rechte zu sprechen, die er in der Bundeswehr hat und wie er sie gemeinsam mit den Kameraden wahrnehmen und verteidigen kann. Die Vertrauensleute wollen auch — entsprechend den Hinweisen der Broschüre — den jungen Kollegen erklären, daß ein Gewerkschafter, wenn er zur Bundeswehr muß, nicht seine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft aufgibt, sondern daß er sich gewerkschaftlich ummeldet, um dann am gewerkschaftlichen Leben am Garnisonsort teilzunehmen. Ferner haben die Vertrauensleute dieses Betriebes festgelegt, daß jeweils einer von ihnen die Patenschaft für einen eingezogenen Kollegen übernimmt, den Kollegen mit Gewerkschaftsmaterial versorgt, mit ihm im Briefwechsel bleibt, im Urlaub mit ihm spricht.

Mit Recht sagen Mitglieder der Arbeiterjugendorganisationen, daß es notwendig ist, in ähnlicher Form die Kameraden, die zur Bundeswehr müssen, zu betreuen. Sie wollen die Maßnahmen verwirklichen, die zur Betreuung der Bundeswehrsoldaten auf Konferenzen der Arbeiterjugendorganisationen beschlossen wurden: die Bundeswehrsoldaten zu Gruppenabenden einladen, spezielle Diskussionen mit ihnen über ihre Rechte durchführen, sie mit Materialien der Arbeiterjugendorganisationen versorgen. Sie wollen ihren Kameraden helfen, jede Verletzung der Menschenwürde an die Öffentlichkeit zu bringen.

Genossen unserer Partei haben in letzter Zeit Aussprachen mit Wehrpflichtigen durchgeführt. Einige Grundeinheiten haben Beratungen durchgeführt und Festlegungen getroffen, wie die jungen Genossen, die zur Bundeswehr müssen, auf diese Zeit vorbereitet werden. Das sind gute Initiativen. Sie sollten in der ganzen Partei Schule machen.

Die jungen Soldaten, unsere Arbeitskameraden im Soldatenrock, müssen wissen, daß sie bei den Kommunisten stets Rat und Hilfe bekommen können, stets eine Antwort auf ihre Fragen finden, daß die Kommunisten ihre echten Freunde sind. Das ist wichtig für unsere Bemühungen um die Erhaltung des Friedens, im Kampf gegen den Militarismus.

Die Stärkung der Reihen der Kommunistischen Partei Deutschlands liegt im Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes. Arbeiter und Werktätige, besonders junge Menschen, die zu der Überzeugung gelangt sind, daß die KPD konsequent und selbstlos die Sache des Volkes vertritt, gehören in die Reihen unserer Partei. Je stärker die Kommunistische Partei Deutschlands, desto stärker ist die Arbeiterklasse, desto mächtiger ist das werktätige Volk. Je stärker die Kommunistische Partei Deutschlands, desto besser steht es um die Sache des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts in der Bundesrepublik, desto eher wird das Volk siegen.

(Aus der Programmatischen Erklärung der KPD)

Unser Interview

Der Redaktion von „Wissen und Tat“ gewährte Genosse Willi Mohn, Mitglied des Politbüros des ZK der KPD, ein Interview zu einigen organisations-politischen Fragen

Redaktion: Auf dem Parteitag 1963 hat die Organisationspolitik, die ideologisch-politische und organisatorische Festigung der Partei eine große Rolle gespielt. Das veränderte Statut wurde angenommen. Welche neuen Erfahrungen gibt es seither in der Parteiarbeit?

Genosse Mohn: In der Verwirklichung der vom Parteitag beschlossenen Politik, wie sie in unserer Programmatischen Erklärung enthalten ist, haben die Leitungen und Grundorganisationen Fortschritte erzielt. An vielen Stellen haben es die Leitungen und Grundorganisationen verstanden, diese Politik konkret auf die Bedingungen des Betriebes, der Stadt oder des Gebietes anzuwenden. Viele Leitungen und Grundorganisationen wurden initiativ in den Bewegungen gegen Atomrüstung, für demokratische und soziale Rechte.

Das Neue in der Lage, die wachsenden Möglichkeiten für die Durchsetzung unserer Politik wird von einigen Leitungen und Grundorganisationen nur ungenügend erkannt. Die Orientierung auf legale Massenarbeit, auf die Erläuterung unserer Politik unter den Werktätigen und ihre Verwirklichung in Aktionen muß der Hauptinhalt der Tätigkeit aller Leitungen und Grundorganisationen der Partei werden. Nur so wird es auch möglich sein, den Masseneinfluß der Partei zu erweitern.

Redaktion: Wie sollen die Leitungen der Partei arbeiten, worauf müssen sie ihre Anstrengungen konzentrieren?

Genosse Mohn: Die Leitungen auf allen Ebenen müssen, das ist das A und O ihrer Tätigkeit, besser lernen, unsere konstruktive Politik der Bevölkerung zu erläutern. Sie müssen besser die Parteibeschlüsse auf die konkreten Bedingungen ihrer Wirkungsbereiche anwenden. Das setzt voraus, daß die Leitungen die speziellen Gegebenheiten ihres Bereiches genau kennen. Vor allem müssen sie ständig auf Argumente und Fragen der Bevölkerung Antwort geben.

Unsere Arbeit wird erfolgreicher, wenn die Bezirks- und Kreisleitungen reale Aufgaben für die Grundorganisationen erarbeiten. Ich denke dabei natürlich zuerst an die Tätigkeit der Betriebsgruppen, also an die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, wo Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam die Forderungen der Gewerkschaften vertreten und sich durch Werbung neuer Mitglieder für die Stärkung der Gewerkschaften einsetzen.

Eine große Schwäche in der Leitungsarbeit besteht noch darin, daß viele Leitungen es noch nicht verstehen, die politischen Aufgaben schwerpunktmäßig zu lösen. Jede Leitung sollte beraten: wo sind die besten Möglichkeiten, um mit den Grundorganisationen im Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt Aktivitäten zu entfalten.

Allzuoft werden noch von übergeordneten Leitungen den Grundorganisationen schematisch alle anliegenden Aufgaben gestellt. Im Ergebnis wird dann nur wenig verwirklicht und der Erfolg bleibt aus.

Die Möglichkeiten, unsere Politik den Menschen verständlich zu machen, sie für Schritte im Kampf um Frieden, Demokratie und ihre sozialen Belange zu mobilisieren, sind sehr vielseitig. Überall wo Werktätige organisiert sind, sollten daher unsere Genossen politisch wirksam werden. Ich denke hier an die Massenorganisationen, wie z. B. die Kriegsopferverbände, wo viele Genossen im

Dezember letzten Jahres im Kampf um die Durchsetzung der berechtigten Forderungen der Kriegsoffer gegen Erhard, eine hervorragende Rolle spielten. Gelegenheiten politisch wirksam zu werden, gibt es genug: In öffentlichen Versammlungen, Foren, Schulungsveranstaltungen der verschiedensten Organisationen, Interessengruppen, Institutionen usw.

Für die übergeordneten Leitungen kommt es vor allem darauf an, Beispiele zu schaffen. Die Leitungsmitglieder müssen selbst in die Grundorganisationen der Partei gehen und dort mehr als bisher direkt anleiten und helfen. So werden die Grundorganisationen der Partei in die Lage versetzt, ihre Aufgaben als die unmittelbarste Verbindung der Partei mit den Arbeitern, den werktätigen Bauern und demokratischen Schichten in Stadt und Land — wie es im Statut richtig heißt — zu erfüllen.

Ich betone: viele Parteileitungen haben seit dem Parteitag das Niveau ihrer Arbeit heben können, sie arbeiten systematischer und planmäßiger. Der Hauptmangel in der Leitungsarbeit besteht noch darin, daß viele Leitungen versuchen, mit einzelnen Kommunisten die politischen Aufgaben zu lösen, statt die ganze Grundorganisation für die Massenarbeit zu aktivieren. Eine der Hauptschwächen unserer gesamten Arbeit ist es, daß viele Grundorganisationen noch immer nicht regelmäßig zusammenkommen. In solchen Grundorganisationen ist die Grundlage für ein kollektives Parteeleben nur ungenügend vorhanden. Wir sollten unseren Genossen immer wieder klarmachen, daß ihr Kraftquell als Kommunist die Grundorganisation, die Diskussion im Kollektiv der Grundorganisation ist. In der Zusammenkunft der Grundorganisation wird auch gemeinsam die Aufgabenstellung erarbeitet.

Wenn wir erreichen, daß in der gesamten Partei die Politik und die konkrete Aufgabenstellung kollektiv erarbeitet wird, wird die Schlagkraft der Partei, ihre Wirksamkeit unter den Massen um ein vielfaches erhöht.

Redaktion: Du hast eben die Bedeutung der Grundorganisationen der Partei angesprochen. Wie hat sich seit dem Parteitag die Arbeit der Grundorganisationen verbessert, worauf kommt es an, um weitere Fortschritte zu erzielen?

Genosse Mohn: Ich möchte auch heute das wiederholen, was ich auf dem Parteitag sagte:

„Die Partei ist so stark, wie ihre Grundorganisationen alle ihre Genossen erfassen, ein reges politisches Leben entwickeln, mit höchster eigener Initiative politische Aktionen führen und den Kampf der Arbeiterklasse und der Werktätigen organisieren.“

Viele Grundorganisationen der Partei kommen nach dem Parteitag mehr und regelmäßiger zusammen. Sie haben sich stabilisiert. Es gibt eine ganze Anzahl Leitungen und Grundorganisationen, die auf der Grundlage von Arbeitsplänen ihre Arbeit organisieren. Neue Formen der Zusammenkünfte wurden gefunden. Der 45. Jahrestag der Partei z. B. war Anlaß für Hunderte von Grundorganisationen, zusammenzukommen, wobei auf eine feierliche Gestaltung der Zusammenkünfte Wert gelegt wurde und eine beachtliche Anzahl neuer, junger Genossen in die Partei aufgenommen werden konnte.

Einer der hauptsächlichsten Mängel in der Arbeit der Grundorganisationen ist ihr ungenügendes Eingreifen in das politische Geschehen. Was meine ich damit? Alle Grundorganisationen sollten sich beispielsweise die Frage stellen, was sie anlässlich des Höckerischen Abhörskandals oder angesichts der Mietpreiserhöhungen, in der Vorbereitung des Ostermarsches und zur Verwirklichung der gewerkschaftlichen Forderungen der Arbeiter konkret getan haben.

Zugleich mit der Auswertung der Erfahrungen sollten sich die Grundorganisationen neue Aufgaben im Kampf für eine Politik des Friedens und der Verständigung, für die Entfaltung des deutschen Gesprächs, für die Verwirklichung sozialer Forderungen stellen.

Redaktion: Worauf ist es zurückzuführen, Genosse Mohn, daß die Grundorganisationen noch ungenügend Politik machen?

Genosse Mohn: Den Hauptgrund sehe ich darin, daß es vom Zentralkomitee über alle Leitungen noch ungenügend gelingt, den Grundorganisationen zu erläutern, wie die Parteibeschlüsse durchgeführt werden sollen, wie die Grundorganisationen Eigeninitiative entwickeln sollen.

Unser Zentralorgan „Freies Volk“, „Wissen und Tat“ und die Sendungen des Deutschen Freiheitssenders 904 sind wichtige Helfer zur Anleitung der Partei. Wer sie außer Acht läßt und unterschätzt, wird die schlechte Gewohnheit des Abwartens schwerlich überwinden. Unser neues Statut fordert aber geradezu Selbstinitiative und Eigenverantwortung aller Grundorganisationen bei der Verwirklichung der Politik der Partei.

Oft gibt es keine richtige Vorstellung, wie die Versammlungen der Grundorganisationen durchgeführt werden und welche Aufgaben man jedem Genossen stellen kann. Ich denke, hier sind „Freies Volk“ und der Sender 904 die besten Helfer. Es ist doch möglich, daß z. B. ein Genosse den Artikel in der März-Ausgabe von „Freies Volk“ zum Brief des ZK an die SPD verliest, daß man darüber diskutiert und dann für die einzelnen Genossen die sich daraus ergebenden Aufgaben festlegt.

Redaktion: Im Statut wird von der Rolle der Grundorganisationen und der Funktion der Parteigruppenleiter gesprochen. Welche Aufgaben hat der Parteigruppenleiter?

Genosse Mohn: Das ist eine Frage, die dringend in der Partei geklärt werden muß. Nicht selten haben wir den Zustand, daß es zwar einen Verantwortlichen in den Parteigruppen gibt, jedoch kassiert er nur die Mitglieder. Der Parteigruppenleiter kassiert zwar auch regelmäßig die Genossen der Parteigruppe, vor allem aber orientiert er sie anhand von „Freies Volk“, „Wissen und Tat“, dem Freiheitssender 904 sowie der Festlegungen der Leitungen der Grundorganisation über politische Fragen. Er diskutiert und erarbeitet mit ihnen die konkreten Aufgaben sowohl für die Parteigruppe als auch für jeden einzelnen Genossen. Die Bedeutung eines Parteigruppenleiters ist also weit größer als vielerorts angenommen wird. Er ist ein wichtiger, unentbehrlicher Funktionär der Partei, von dessen politischen und organisatorischen Fähigkeiten die Verwirklichung unserer politischen Linie in hohem Maße abhängt.

Redaktion: Unser Statut erhebt die ständige Werbung neuer Mitglieder zur Pflicht aller Kommunisten. Wie entwickelt sich nach den wertvollen Erfahrungen des Parteiaufgebots seit dem Parteitag die Mitgliederwerbung?

Genosse Mohn: Seit dem Parteitag hat die Partei Hunderte neuer Mitglieder gewonnen. Das ist sehr erfreulich. Jedoch möchte ich in aller Offenheit sagen, es genügt nicht. Die Partei muß durch gezielte Werbung angesehener Arbeiter und Jugendlicher ihren politischen Einfluß verbreitern. Nicht allein dadurch, daß einzelne Genossen sich ständig um die Werbung neuer Mitglieder kümmern, stärken wir die Partei; es ist doch die Aufgabe aller Grundorganisationen und Leitungen, für jedes Mitglied nach Möglichkeit namentlich festzulegen, wen es in der nächsten Zeit für die Partei gewinnt. Ich verweise auf den Artikel zu diesem Problem in der März-April-Ausgabe von „Wissen und Tat“: „Wie können wir die Arbeit der Grundorganisationen verbessern und neue Mitglieder gewinnen?“

Die guten Werbeergebnisse einer Reihe von Grundorganisationen beweisen, daß beachtliche Erfolge möglich sind. So gelang es zum Beispiel in einem Großbetrieb in Nordrhein-Westfalen 11 junge Genossen im letzten Vierteljahr aufzunehmen. Eine Betriebsgruppe eines süddeutschen Betriebes, die im Parteiaufgebot 18 junge Genossen warb, hat jetzt weitere 6 junge Arbeiter, ohne Ausnahme gewerkschaftliche Vertrauensleute, feierlich in die Partei aufgenommen.

Ihr Geheimnis: Es sind alles junge Menschen, die zum Freundeskreis der im Parteiaufgebot gewonnenen 18 Mitglieder gehören.

Der Kreis derjenigen, die für eine Mitgliedschaft für unsere Partei infrage kommt, ist groß. Wir dürfen keineswegs übersehen: die politische Entwicklung öffnet vielen Werktätigen, die sich bisher noch vom Gegner beeinflussen ließen, die Augen. Diskutieren wir mit Geduld und Ausdauer mit ihnen und helfen wir ihnen, die politischen Zusammenhänge besser zu erkennen. So mancher wird dann in nicht ferner Zukunft ein Mitkämpfer in unserer Partei sein.

Betriebsräte, Vertrauensleute, die positiven Sprecher auf Betriebsversammlungen, bei Vorträgen an Volkshochschulen, gewerkschaftlichen Veranstaltungen sollten für unsere Partei gewonnen werden. Große Aufmerksamkeit sollten die Leitungen und Grundorganisationen auch auf aktive Kräfte der Antiatombewegung richten, um sie für die Partei zu gewinnen.

Die Kinder und Enkel vieler bewährter Genossen, für deren politische Erziehung im Sinne unserer guten Sache gerade die älteren Genossen nicht nur eine statutenmäßige, sondern auch eine hohe politisch-moralische Verantwortung tragen, müssen in die gezielte Werbung einbezogen werden. Es gibt das große Reservoir der Menschen, die mit Delegationen und auf privater Ebene die DDR besuchten und schätzen gelernt haben.

Ein Wort in diesem Zusammenhang an einige Leitungen.

Es darf keine Leitung der Partei geben, die aus irgendwelchen Gründen vor der Aufnahme neuer Mitglieder ausweicht. Wie mir jüngst aus einem hessischen Großbetrieb bekannt wurde, warten dort seit Monaten drei junge Arbeiter auf die Aufnahme in die Partei. Wohlgemerkt, sie sind der betreffenden Betriebsgruppenleitung bekannt. So etwas, das sei hier in aller Deutlichkeit gesagt, wäre nicht möglich, wenn die übergeordnete Leitung, in diesem Fall die Kreisleitung, sich ernsthaft um die Mitgliederwerbung kümmern würde.

Es gibt auch eine ganze Anzahl Kreise und Grundorganisationen, die bisher noch keine neuen Mitglieder geworben haben. Dieser Zustand muß schnellstens verändert werden.

Redaktion: Genosse Mohn, wie wurden nun die neuen Mitglieder in die Partei eingegliedert? Wie helfen ihnen die älteren Genossen, Kommunisten zu werden?

Genosse Mohn: Das, Genossen, ist ein wichtiges, aber nicht leichtes Problem. Ein Teil der in den letzten Jahren in die Partei gekommenen Genossen erfüllt bereits in Betriebsgruppen, in Leitungen, sogar in Kreisleitungen, seine Pflicht als Kommunist. Diese Genossen arbeiten schon sehr gut mit Genossen zusammen, die der Partei länger angehören. Sie lernen von deren Erfahrungen und nehmen jede Möglichkeit des Studiums des Marxismus-Leninismus, der Beschlüsse und Dokumente der Parteiführung wahr.

Die Erfahrungen besagen auch, daß dort, wo junge Mitglieder mit älteren Genossen in den Leitungen und Grundorganisationen zusammenarbeiten, bereits neues Leben in die Partei eingezogen ist. Die Erfahrungen der alten und der Elan der jungen Genossen sind die richtige Mischung für ein erfolgreiches Parteilieben. Unsere jungen Genossen haben natürlich viele Fragen, die oft unbequem sind. Die älteren Genossen tragen die Verantwortung für die Klärung solcher Fragen; sie müssen auf der Grundlage des Statuts die jungen Genossen in geduldiger Überzeugungsarbeit erziehen. Nichts wäre falscher, als die Fragen und Probleme der jungen Genossen mit Ungeduld oder gar mit Mißtrauen zu antworten.

Nicht übergehen möchte ich die unerläßliche Notwendigkeit der Schulung jedes jungen Kommunisten. Es gibt dazu viele Möglichkeiten. Die älteren Genossen bitte ich an dieser Stelle, helft unseren jungen Mitstreitern, habt Verständnis für ihre revolutionäre Ungeduld. Sie ist mit das Unterpfand dafür,

daß sich die Kräfte in der Partei jetzt stärker herausbilden, die bald das Erbe der alten Generation von Kommunisten fortzuführen in der Lage sind.

Redaktion: Genosse Mohn, worauf sollen die jungen Genossen in ihrer politischen Arbeit hauptsächlich orientiert werden?

Genosse Mohn: Wir sind die Partei der Arbeiterklasse. Darum liegt auch das Hauptbetätigungsfeld unserer Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften. Die jungen Genossen arbeiten fast ausnahmslos in der Industrie. Sie müssen mit Aufgaben betraut werden, die ihrem Bewußtseinsgrad entsprechen. Genossen, die bereits über Erfahrungen in der politischen Arbeit verfügen, müssen diesen jungen Genossen Argumente vermitteln, mit denen sie dann in Diskussionen in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen auftreten können. Wichtig erscheint mir dabei noch, daß die gestellten Aufgaben dann auch auf ihre Durchführung kontrolliert werden. Mit ihrer politischen Tätigkeit im Betrieb, in der Gewerkschaft, werden diese jungen Genossen dann auch von der bestehenden Betriebsgruppe erfaßt werden bzw. kann eine Betriebsgruppe in dem Betrieb gebildet werden.

Eine solche Orientierung, wie ich sie hier für die jungen Parteimitglieder skizzierte, darf sie jedoch auf keinen Fall von einem der Jugend gemäßen Leben abhalten. Das finden sie vor allem in den großen Arbeiterjugendorganisationen wie Gewerkschaftsjugend, Naturfreundejugend, in der Sportjugend und anderen Jugendgruppen.

Gestattet mir, noch eine Bitte auszusprechen.

Ich würde mich freuen, wenn meine Ausführungen eine Diskussion in allen Leitungen und vor allem in den Grundorganisationen auslösen und zu Erwidern und Stellungnahmen an die Redaktion von „Wissen und Tat“ führen würden.

Im Kampf für Frieden, Demokratie, gesellschaftlichen Fortschritt und die Wiedervereinigung Deutschlands

Zu dem Buch „Max Reimann — Aus Reden und Aufsätzen 1946—1963“
von MAX SCHÄFER

Der Dietz-Verlag hat im vergangenen Jahr in Zusammenarbeit mit dem Zentralkomitee der KPD zwei Bücher herausgegeben, die wichtige Quellen zum „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ enthalten: „Die KPD lebt und kämpft — Dokumente der KPD 1956—1963“ und „Max Reimann — Aus Reden und Aufsätzen 1946—1963“. Die Herausgabe dieser beiden Bände ist ein wichtiges Ereignis im Leben und Kampf unserer Partei.

Im Sammelband „Max Reimann — Aus Reden und Aufsätzen 1946—1963“ sind einige wichtige Reden zum erstenmal veröffentlicht, die zugleich wichtige Dokumente über die Entwicklung der Arbeiterbewegung im Westen Deutschlands nach 1945 sind. Dieser Sammelband zeigt, wie unsere Partei und ihr ZK unter Führung Max Reimanns die Grundsätze des Marxismus-Leninismus auf die komplizierten Bedingungen in Westdeutschland in den verschiedenen Abschnitten der politischen Entwicklung anwendend, den Kampf für Frieden, Demokratie, die Einheit Deutschlands und den gesellschaftlichen Fortschritt führte. Er zeigt die Rolle der KPD als der konsequentesten Kraft in Westdeutschland im Ringen für eine Politik des Friedens und der Demokratie, gegen Imperialismus und Militarismus, gegen Revanchismus, für die Freundschaft mit allen Völkern, vor allem aber mit der Sowjetunion, für die Interessen der Werktätigen und die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse sowie den gemeinsamen Kampf aller Volkskräfte.

Das Studium der Reden und Aufsätze Max Reimanns zeigt überzeugend, wie richtig die Generallinie der KPD in diesem ganzen Zeitabschnitt nach 1945 war. So sagte Genosse Max Reimann in seiner Rede auf der Funktiónärkonferenz für Nordrhein-Westfalen am 20. September 1946 in Wuppertal:

„Das nationale Interesse des deutschen Volkes verlangt die Sicherung des unteilbaren Friedens. Darum ist der Kampf gegen die chauvinistische Hetze . . . für freundschaftliche Beziehungen zu den Völkern der Sowjetunion wie zu allen anderen Völkern . . . im wahrsten Sinne des Wortes nationale Politik . . .

Die Bestrebungen der Kräfte der Reaktion im Westen und Süden Deutschlands sind gegenwärtig darauf gerichtet, die Herstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands so lange zu verzögern, bis es ihnen gelungen ist, ihre Macht wieder herzustellen und ihren Einfluß erneut zu festigen . . .

Diese Kräfte . . . scheuen nicht davor zurück, eine Teilung Deutschlands ins Auge zu fassen . . .

Die sichtbar gewordenen Bestrebungen der Reaktion beweisen, wie recht unsere Partei hat, wenn sie immer wieder erklärt: Der Kampf um die Einheit Deutschlands ist seinem Inhalt nach der Kampf gegen die Reaktion, für die Demokratie in allen Teilen Deutschlands . . .

Die Einheit Deutschlands kann nicht hergestellt werden ohne die Zusammenarbeit und die Einheit der beiden Arbeiterparteien.“ (Seite 22 und 23)

Was Max Reimann dort sagte, ist auch heute noch in seinem wesentlichen Inhalt richtig: Die erste Voraussetzung zur Lösung der nationalen Frage in Deutschland ist die Erhaltung des Friedens. Erst wenn die Arbeiterklasse und im Bunde mit ihr alle friedlichen und demokratischen Menschen in Westdeutschland, die Kräfte des Imperialismus und Militarismus zurückdrängen und die Bundesrepublik zu einem demokratischen und sozialen Friedensstaat machen, wie ihn der Beschluß unseres Parteitages 1963 fordert, wird die Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands gegeben sein.

★ ★ ★

Die Reden und Aufsätze Max Reimanns durchzieht während dieser ganzen Zeit der Gedanke, daß der Kampf für den Frieden, für die friedliche Koexistenz, gegen die imperialistischen und militaristischen Kriegstreiber, die Hauptaufgabe der Kommunisten ist. In einem Interview mit dem Chefredakteur des „Sozialistischen Informationsdienstes“ sagt er im Oktober 1950:

„Die Kommunistische Partei Deutschlands erblickt im Kampf um die Erhaltung des Friedens ihre entscheidende politische Aufgabe.“ (Seite 138)

Von dieser Position führte die KPD den Kampf gegen die Politik des kalten Krieges, gegen den von den deutschen Imperialisten aufs neue betriebenen wilden Chauvinismus und Revanchismus. Im Bundestag wandte sich Max Reimann gegen die revanchistische Hetze gegenüber der Friedensgrenze an Oder und Neiße und begründete in Erfüllung seiner Pflichten sowohl als Anhänger des proletarischen Internationalismus wie auch als glühender deutscher Patriot die Notwendigkeit der Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion, Polens und mit allen Völkern.

„Das deutsche Volk, das nach zwei Weltkriegen zwei furchtbare Niederlagen hinnehmen mußte das Millionen Menschen opferte, darf nicht noch einmal für die Interessen fremder und der hier im Westen Deutschlands restaurierten Imperialisten in einen dritten Weltkrieg gehetzt werden. Wir wollen in Frieden und Freundschaft mit allen Völkern leben und besonders mit den Völkern des Ostens und Südostens. Gerade die Revanchehetze stört nicht nur unser Verhältnis gegenüber Polen, sondern bedeutet in der endgültigen Konsequenz den Krieg.“ (Rede am 22. September 1949 — Seite 120)

Von Anbeginn entlarvte er Adenauers „Politik der Stärke“ als antinationale Politik, die ungeheure Gefahren für unser Volk heraufbeschwört, die aber keine einzige der nationalen Fragen unseres Volkes lösen kann, die Deutschland nicht der Wiedervereinigung näherbringt, sondern die Spaltung Deutschlands weiter vertieft und zementiert und die, weil sie im Widerspruch zu den Entwicklungstendenzen unserer Zeit steht, zum Scheitern verurteilt ist.

„Bankrott gemacht hat die Politik der Aufrollung der DDR. Bankrott gemacht haben alle Versuche, die Sowjetunion durch eine ‚Politik der Stärke‘ zu erpressen. Bankrott gemacht hat der Kurs, mit NATO und Atomwaffen die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges rückgängig zu machen. Diese Politik erwies sich nicht als eine starke Politik, sondern als eine Politik der Kraftmeierei.“ (Seite 553)

Der antinationalen Politik der deutschen Imperialisten stellt Max Reimann den Kampf für ein einheitliches, friedliebendes, demokratisches Deutschland gegenüber, den Kampf gegen die Spaltung Deutschlands durch die deutschen Imperialisten und die imperialistischen Besatzungstruppen.

Nachdem sich zwei deutsche Staaten herausgebildet haben, nachdem die Bonner Regierung und die Westmächte die Wiedervereinigung und den Abschluß eines Friedensvertrages ablehnten und Westdeutschland durch die Einbeziehung in den aggressiven NATO-Block aus dem deutschen Nationalverband herauslösten, wurde eine neue Lage geschaffen. Das Nebeneinanderbestehen von zwei deutschen Staaten mit entgegengesetzten gesellschaftlichen Ordnungen war damit für einen längeren geschichtlichen Zeitraum zur Tatsache geworden.

Unter der Führung Max Reimanns arbeitete die KPD die Aufgaben heraus, die unter den veränderten Bedingungen vor den Friedenskräften in Westdeutschland stehen. Eine nationale deutsche Politik muß von den Realitäten in Deutschland und in der Welt ausgehen.

„Und diese Realität in Deutschland ist, daß auf deutschem Boden zwei Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen existieren: die kapitalistische Bundesrepublik und die sozialistische Deutsche Demokratische Republik. Sie können nur in Frieden miteinander leben, wenn sie ihre Beziehungen auf eine Politik der friedlichen Koexistenz gründen...“ (Seite 681)

Die Wiedervereinigung der friedlichen Deutschen Demokratischen Republik mit einer militaristischen und revanchistischen Bundesrepublik ist nicht möglich. Die Aufgabe der friedliebenden Kräfte in Westdeutschland besteht darin, die imperialistischen und revanchistischen Kräfte zu überwinden, eine Verständigung der beiden deutschen Staaten zu erreichen und eine Politik der friedlichen Koexistenz durchzusetzen. Die beste Form einer solchen Koexistenz in Deutschland ist die Bildung einer Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten. Sie ist zugleich der einzig gangbare Weg der Annäherung und schließlich Wiedervereinigung Deutschlands.

Max Reimann entlarvt in seinen Reden und Aufsätzen die verlogenen Argumente der imperialistischen Soldschreiber und rechter sozialdemokratischer Führer, die behaupten, die Anerkennung des Bestehens zweier deutscher Staaten und eine Politik der Koexistenz in Deutschland liefe auf die Anerkennung der Spaltung Deutschlands hinaus.

Genosse Max Reimann entwickelte jene allgemeinen Kampfforderungen, die den friedlichen, demokratischen und sozialen Interessen der Volksmassen entsprechen und so ermöglichen, sie zu einem breiten antimilitaristischen Kampfbündnis zusammenzuschließen. An erster Stelle steht hier der Kampf um den Frieden, gegen Militarisierung und atomare Aufrüstung.

Schon gleich nach der Bildung der Bundesrepublik entlarvte Max Reimann die Pläne Adenauers zur Remilitarisierung. Die KPD unterstützte 1950 die Bewegung „Ohne uns“ und stand in der ersten Reihe der sich 1951 entfaltenden Volksbewegung „Gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines

Friedensvertrages". Kurz vor dem Verbot, auf der 24. Tagung des Parteivorstandes der KPD, erhob Max Reimann die Forderung:

„Auf deutschem Boden werden weder Atomwaffen stationiert noch hergestellt“. (Seite 334)

Der beharrliche und zähe Kampf gegen die Wiederaufrüstung hatte zum Ergebnis, daß die Schaffung der neuen Aggressionsarmee des deutschen Imperialismus um Jahre verzögert wurde.

Auch unter den Bedingungen des Verbots nach dem August 1956 setzte unsere Partei ihren Kampf gegen Wehrpflicht und Atomrüstung, gegen den Militarismus, für Frieden und Abrüstung fort. Auf der II. Tagung des Zentralkomitees Ende 1956 und erneut im September 1957 begründete Max Reimann, daß die Hauptaufgabe der Arbeiterklasse ist, „die Wiederaufrüstung Westdeutschlands, vor allem die Atomrüstung zu verhindern“. (Seite 374/375)

Die Politik der Entspannung und Verständigung, der friedlichen Koexistenz, für die unsere Partei unermüdlich kämpft, hat in der letzten Zeit einige bedeutende Erfolge erringen können, wie das Moskauer Atomteststopp-Abkommen und die Passierscheinregelung zu Weihnachten. Die Diskussionen um Adenauers Rücktritt als Bundeskanzlers, das begonnene offene deutsche Gespräch, der Verlauf des Außerordentlichen DGB-Kongresses bringen zum Ausdruck, welche Fortschritte das Umdenken in der Bevölkerung gemacht hat.

★ ★ ★

Das ganze politische Wirken Max Reimanns ist durchdrungen vom Ringen um die Freundschaft des deutschen Volkes mit den Völkern der Sowjetunion. In der Schule Ernst Thälmanns erzogen, ließ er nie einen Zweifel aufkommen, daß die KPdSU unser Vorbild, daß die KPdSU die Vorhut der internationalen kommunistischen Bewegung ist.

„Diese Partei, die ruhmreiche Kommunistische Partei der Sowjetunion, war und ist für uns immer die Partei, die uns Vorbild und Lehrmeister ist und die wahrhaftig dazu berufen ist, die Avantgarde der revolutionären sozialistischen Weltbewegung zu sein.“ (Seite 588)

Er lehrte die fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik die welthistorische Bedeutung der Gründung der DDR zu verstehen, daß damit der erste deutsche Friedensstaat geschaffen wurde, der Staat, in dem alles das verwirklicht wird, wofür die Besten der deutschen Arbeiterbewegung gelebt und gestritten haben. Die DDR verkörpert die Zukunft der ganzen deutschen Nation. Jeder Erfolg der Friedenspolitik der DDR, das Wachsen ihres internationalen Ansehens und jeder ihrer Fortschritte beim Aufbau des Sozialismus liegt auch im direkten Interesse der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Menschen in der Bundesrepublik.

„Jeder Schritt, den die Deutsche Demokratische Republik auf dem Wege zum Sozialismus vorwärts geht, bringt alle friedliebenden Menschen dem Ziel der Sicherung eines dauerhaften Friedens und einer friedlichen Wiedervereinigung näher.“ (Seite 428)

Max Reimann zeigt, daß die Existenz der DDR und ihre Politik eine unmittelbare Hilfe für die Arbeiterklasse und alle friedlichen und demokratischen Kräfte im Kampf für ihre eigenen sozialen Interessen und demokratischen Rechte, für die Säuberung von Staat und Verwaltung in Westdeutschland von Nazi-Verbrechern und für die Sicherung des Friedens sind.

„Aus den wachsenden Erfolgen der wirtschaftlichen Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik . . . zieht das werktätige Volk der Bundesrepublik, ziehen alle demokratischen Kräfte großen Nutzen. Die Monopolherren und Militaristen müssen heute bei jedem Schritt gegen die friedliebenden, demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik beachten, daß es eine DDR gibt, in der das Volk große soziale und demokratische Rechte hat.“ (Seite 450)

Der Weg zur Gründung der DDR konnte nur beschritten werden durch die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse, durch die Schaffung der SED unter Führung von Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Otto Grotewohl. Die SED ist die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung. Max Reimann arbeitet daher unermüdlich an der Festigung der Kampfgemeinschaft von SED und KPD. Davon hängt wesentlich die Kampffähigkeit der KPD ab. Max Reimann weist die Kommunisten auf ihre Aufgabe hin, der wütenden Hetze der militaristischen und revanchistischen Machthaber gegen die DDR, gegen die SED und den Genossen Walter Ulbricht entgegenzutreten.

„Da die konkrete Form des Antikommunismus in der Bundesrepublik die Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik ist, ist es vor allem erforderlich, der Arbeiterklasse bewußt zu machen, welche Bedeutung die Deutsche Demokratische Republik für ihren eigenen Kampf hat und daß die Feinde der Deutschen Demokratischen Republik zugleich die Feinde der westdeutschen Arbeiter sind.“ (Seite 720)

★ ★ ★

Von großer und aktueller Bedeutung sind die Ausführungen Max Reimanns über Fragen des Kampfes um Demokratie und die Stellung der Kommunisten zum Grundgesetz. Bekanntlich verleumdete die deutschen Imperialisten und Militaristen unsere Partei als antidemokratisch. Das Verbot stützt sich auf die angebliche Grundgesetzwidrigkeit unserer Partei.

Der Sammelband aber beweist: In allen Abschnitten der politischen Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland hat sich die KPD als konsequenter Kämpfer für Demokratie, für die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte des Volkes erwiesen.

In seiner Rede am 7. November 1948 auf der Tagung der „Arbeitsgemeinschaft für eine gesamtdeutsche Verfassung“ begründet Max Reimann, warum die KPD die Schaffung einer separaten westdeutschen Verfassung, des Grundgesetzes, ablehnt.

„Die Konzeption des Parlamentarischen Rates in Bonn, der Schaffung eines separaten westdeutschen Staates, der . . . in seinem Staatsaufbau reaktionär und undemokratisch ist, stellen wir die Konzeption einer einheitlichen, unabhängigen, deutschen demokratischen Republik entgegen.“ (Seite 77/78)

Gleichzeitig kämpfte die KPD unter Führung Max Reimanns für die Verankerung sowohl der persönlichen Freiheitsrechte, wie auch der sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte und des Rechtes des Volkes auf Gestaltung seines staatlichen Lebens. Auf das heute Entscheidende wies Max Reimann mit den Worten hin:

„das heute allein Wesentliche, das was eine Verfassung demokratisch macht: das Recht des Volkes auf Selbstbestimmung seiner gesellschaftlichen Verhältnisse (ist). Wir als Sozialisten und konsequente Demokraten stellen dieses Recht geradezu in das Zentrum der Verfassungsschöpfung. Darum nimmt für uns in den Grundrechten die Frage der Wirtschaftsordnung und der Einflußnahme des Volkes auf sie einen breiten Raum ein.“ (Seite 73)

Von höchster Aktualität ist auch Max Reimanns Aufsatz: „Die Kommunisten und das Grundgesetz“ vom 12. September 1951. in dem er die Haltung unserer Partei mit folgenden Worten zusammenfaßt:

„Bei der Beratung des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat erklärte ich im Namen der kommunistischen Fraktion: Wir Kommunisten versagen aus grundsätzlichen Erwägungen heraus dem Gesetz unsere Stimme. Die Gesetzgeber aber werden im Verlauf ihrer volksfeindlichen Politik ihr eigenes Gesetz brechen. Wir Kommunisten aber werden die im Grundgesetz verankerten wenigen demokratischen Rechte gegen die Verfasser des Grundgesetzes verteidigen.“ (Seite 147)

Diese Einschätzung ist durch die ganze Entwicklung bestätigt worden. Das Grundgesetz von 1949 wurde seither von den monopolistischen und militaristischen Machthabern in Bonn dutzendfach gebrochen. Die Verfassungswirklichkeit steht im krassen Gegensatz zu dem Text des Grundgesetzes. Offen spricht der Bundesinnenminister (der die Verfassung schützen sollte) vom „Handeln außerhalb der Legalität“. Zynisch äußert er, der Verfassungsschutz könne nicht mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen. Mit dem Notstandsgesetz soll die Möglichkeit geschaffen werden, das Grundgesetz überhaupt beiseite zu schieben.

Unsere Partei aber stand in dieser ganzen Zeit in der ersten Reihe der Verteidiger der demokratischen Rechte und Einrichtungen, die das Grundgesetz gewährt. Sie steht in der vordersten Front des Kampfes gegen die Notstandsgesetze. So stellte Genosse Max Reimann in seiner Rede auf der 22. Tagung des Zentralkomitees Ende 1962 die Aufgabe:

„In den Mittelpunkt des demokratischen Volkskampfes stellen wir die Forderungen: Verhinderung der Notstandsgesetze; Verhinderung des Bruches des Grundgesetzes . . .“ (Seite 689)

★ ★ ★

Die entscheidende Voraussetzung zur Veränderung der Lage in Westdeutschland ist die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und des Bündnisses aller Volkskräfte im Kampf für Frieden, Demokratie und die sozialen Interessen der Werktätigen. Immer wieder betont Max Reimann, daß die Herstellung der Aktionseinheit der sozialdemokratischen, kommunistischen, parteilosen und christlichen Werktätigen notwendig und möglich ist, da sie durch die Gemeinsamkeit ihrer Interessen verbunden sind. Immer wieder mahnt er, Sozialdemokraten und Kommunisten sollen sich verständigen.

In einer Aussprache mit 50 Mitgliedern und Funktionären der SPD am 5. April 1952 beantwortete Max Reimann viele Fragen sozialdemokratischer Genossen, die auch heute noch aktuell-politische Bedeutung haben. So die Frage, ob die Kommunisten es mit ihrer Politik der Aktionseinheit ehrlich meinen. Er wendet sich hier auch gegen enge, sektiererische Auffassungen von Kommunisten, die der Verständigung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten hemmend entgegenstehen.

Die Basis der Zusammenarbeit sind vor allem die Betriebe und Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sind heute zum Zentrum des Kampfes um Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt geworden. In den Reden und Aufsätzen Max Reimanns nehmen daher die Probleme des gewerkschaftlichen Kampfes einen breiten Raum ein. Dieser Tatsache ist zu verdanken, daß die Kommunisten als ihre wichtigste Aufgabe erkennen, die Gewerkschaften als die Klassenorganisationen der Arbeiter zu stärken, daß sie bestrebt sind, sich als die aktivsten Mitglieder der Gewerkschaften zu erweisen.

Max Reimann setzt sich dabei mit den zwei Linien in der Gewerkschaftspolitik auseinander, der Linie des Klassenkampfes und jener, die von Leuten wie Leber vertreten wird, die die Gewerkschaften den Interessen der aggressiven Monopole unterordnen, zu „Ordnungsfaktoren des Staates der Monopole“ machen wollen.

„Die Frage stellt sich so: Gelingt es den herrschenden Kreisen des Monopolkapitals, die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften auch weiterhin aus dem politischen Leben auszuschalten — oder gelingt es unter Aufbietung aller Kräfte in enger Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten, die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften Schritt für Schritt an den Kampf um mehr Einfluß auf das politische und staatliche Leben heranzuführen?“ (Seite 722)

Hierbei haben die Beschlüsse des 6. Gewerkschaftskongresses und das inzwischen beschlossene Grundsatzprogramm eine besondere Bedeutung. Sie sind der Ausgangspunkt nicht nur für die Verteidigung der sozialen und demokratischen Interessen der Arbeiterklasse, sondern auch für ihre Erweiterung.

„Bei der Verteidigung der verfassungsmäßigen demokratischen Rechte und Freiheiten und im Kampf gegen die Notstandsgesetze schaffen wir auch die Voraussetzungen für die in unserer Programmatischen Erklärung dargelegte demokratische Perspektive . . .

Der Kampf um die Verwirklichung dieser Forderung auf mehr Mitbestimmungsrecht für die Arbeiter und ihre Gewerkschaften im Betrieb, in der Wirtschaft und in der Gesellschaft ist der Hebel für die Erweiterung der Demokratie in der Bundesrepublik und für die Zurückdrängung der Macht der Monopole. Er ist auch der Hebel für die Verwirklichung unserer weitergehenden Forderungen auf die Nationalisierung wichtiger Industriezweige, auf die schließliche Überwindung des deutschen Imperialismus und Militarismus.“ (Seite 692/693)

Der Sammelband „Aus Reden und Aufsätzen“ Max Reimanns gibt so einen guten Überblick über den Kampf unserer Partei in Westdeutschland in den verschiedenen Entwicklungsperioden. Er ist von großer aktueller Bedeutung.

Tatsachen aus der DDR

Wirtschaftserfolge 1963

„Im letzten Jahr haben die Werktätigen der Industrie im Prozeß der Durchsetzung der Grundsätze des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft den Plan der Warenproduktion mit 100,5 Prozent erfüllt und gegenüber dem Vorjahr einen Produktionszuwachs von 3,5 Milliarden Mark erzielt. Damit wurde 1963 im Volumen der industriellen Warenproduktion erstmalig die Hundert-Milliarden-Grenze überschritten . . .

In den vergangenen Jahren wurden die im Chemie-Programm festgelegten Aufgaben im wesentlichen erreicht. Es war vorgesehen, die Bruttoproduktion der chemischen Industrie von 8,7 Milliarden DM im Jahre 1958 auf 14 Milliarden DM im Jahre 1963 zu erhöhen. Erreicht wurde 1963 eine Bruttoproduktion von mehr als 13 Milliarden DM. Auch von den für den Zeitraum 1959 bis 1965 vorgesehenen 11 Milliarden DM Investitionsmitteln werden fast 10 Milliarden DM realisiert. Die im Chemie-Programm vorgesehene Konzentration der Kräfte und Mittel auf die Petrochemie, die Entwicklung der Plast- und Chemiefaser-Erzeugung sowie der Produktion von chemischen Erzeugnissen der Landwirtschaft wurde eingehalten und wird auch in Zukunft weiter konsequent verfolgt werden . . .

Gegenwärtig besitzen von je 100 Haushalten 38 ein Fernsehgerät, 44 eine Näh-

maschine, 16 einen Kühlschrank und 18 eine elektrische Waschmaschine . . .

Erstmalig seit 1958 sind Handels- und Zahlungsbilanz der Deutschen Demokratischen Republik aktiv. Der Handel mit der Sowjetunion überschritt 1963 die Summe von 10 Milliarden Mark.“

(Aus dem Referat Walter Ulbrichts auf der 5. Tagung des Zentralkomitees der SED)

Der Außenhandelsumsatz der DDR wird sich im Jahre 1964 gegenüber 1963 um 8,2 Prozent auf fast 22 Milliarden DM steigern. Rund 11,3 Milliarden DM entfallen auf den Export; Waren für rund 10,6 Milliarden DM werden importiert.

Der Maschinenbau war 1962 mit 57 Prozent am Export der DDR beteiligt. Bis 1970 soll der Anteil auf rund 65 Prozent ansteigen.

Neue Chemie-Zentren

Mit Hilfe der Sowjetunion, nach sowjetischen Dokumentationen erfolgt der Aufbau des Erdölverarbeitungswerkes in Schwedt. Schwedt liegt am Endpunkt der gemeinsamen Erdölleitung „Freundschaft“. Der Dauerbetrieb der ersten Anfahrstufe ab 1. Juli garantiert, daß bis zum Jahresende die ersten 1,2 Millionen Tonnen sowjetisches Erdöl in Schwedt verarbeitet werden können. Beim Erdölverarbeitungswerk entsteht auch eine neue sozialistische Wohnstadt.

Gleichzeitig mit Schwedt wird das neue Werk Leuna II bei Halle errichtet. Beide Werke sind im Zeitraum bis 1970 die Schwerpunkte des Aufbaus der Petrochemie in der DDR. 1970 werden etwa

10 Prozent der Erdölsubstanz petrochemisch verarbeitet.

Die Kunstfaser-Kombinate Schwarza, Wolfen und Premnitz bekommen eine vierte Schwester — das Chemiefaser-Werk Guben. Für Oktober 1964 ist der Produktionsstart vorgesehen. Im Chemiefaser-Werk Guben werden in den nächsten Jahren Tausende Tonnen Dederon-Seide, Dederon-Fasern und Dederon-Cordseide produziert.

Großraumländwirtschaft

Gegenwärtig sind 884 000 Bäuerinnen und Bauern in 16 354 landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zusammengeschlossen und bewirtschaften 5 456 000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche. 85,4 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche der DDR werden genossenschaftlich, 7,9 Prozent von volkseigenen Gütern und sonstigen volkseigenen Betrieben, 6,7 Prozent von den übrigen Betrieben bearbeitet.

Aus der Kultur

Etwa 500 Millionen Bücher und Broschüren haben die Verlage der DDR seit 1958 herausgegeben. Das sind je Jahr und Kopf der Bevölkerung 6 Exemplare.

In der DDR erhalten gegenwärtig bereits 77,6 Prozent aller Schulkinder eine polytechnische Oberschulbildung.

In Westdeutschland dagegen sind 52 Prozent aller Volksschulen nur ein bis zweiklassig.

In der DDR betrugen die Ausgaben für Universitäten und Hochschulen 1956 pro Kopf der Bevölkerung 35,56 DM. Sie erhöhten sich im Jahre 1960 sogar auf 42,68 DM.

In Westdeutschland waren es zu dieser Zeit dagegen nur 7,55 DM.

Jeden Morgen bringen 42 Taxi 132 körperbehinderte Kinder Berlins auf Staatskosten zur Schule.

Frauen als Abgeordnete

27,4 Prozent aller Mitglieder der Volkskammer sind Frauen; im Bundestag beträgt der Anteil der Frauen nur 7,8 Prozent. Unter ihnen ist keine einzige Arbeiterin. In den westdeutschen Länderparlamenten entfallen 7,3 Prozent, in den Gemeinden kaum 5 Prozent der Sitze auf Frauen. In der DDR nehmen die Frauen auch in den Bezirks- und Kreistagen sowie in den Gemeinden etwa ein Drittel der Abgeordnetenplätze ein.

An unsere Leserinnen und Leser!

Auf Wunsch vieler Leser erscheint „Wissen und Tat“ mit einer größeren Schrift. In verschiedenen Rubriken wie „Unser Interview“, „Aus der internationalen Arbeiterbewegung“, „Unser Stichwort“, „Tatsachen aus der DDR“ usw. wird die Redaktion interessante Probleme und Tatsachen in kürzerer Fassung veröffentlichen.

Wir ersuchen alle Leser und Freunde des theoretischen Organs der KPD um ihre Meinung, Kritiken und Wünsche.

Die Redaktion

